Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des GEMEINDERATES

der Gemeinde Pollham am 17. Juli 2014 im Gemeindeamt - Sitzungszimmer

Anwesende

1.	Bgm. Johann Giglleitner	GIG
2.	Vbgm ⁱⁿ Elisabeth Greinecker	GIG
3.	Herbert Aschauer	GIG
4.	Sabine Grottenthaler	GIG
5.	Mag. Josef Hofinger	ÖVP
6.	Ernst Mair	ÖVP
7.	Ing. Thomas Billmayer	SPÖ

Ersatzmitglieder:

Norbert Zehetner	GIG	für	Dr. Wolfgang Lintner	GIG
Rudolf Pittrich	GIG	für	Kurt Edlbauer	GIG
Johann Humer	ÖVP	für	Markus Lehner	ÖVP
Thomas Mader	ÖVP	für	DI. Josef Doppelbauer	ÖVP
Rudolf Kapsammer	ÖVP	für	Christoph Hawelka	ÖVP
Franz Strasser	FPÖ	für	Josef Doppler	FPÖ

Der Leiter des Gemeindeamtes: AL Johann Giglleitner

Fachkundige Personen (§ 66 Abs. 2 Oö. GemO. 1990): ---

Mitglieder mit beratender Stimme in Ausschüssen (§ 18 Abs. 4 Oö. GemO. 1990):---

Es fehlen:

entschuldigt:		unentschuldigt:
Dr. Wolfgang Lintner	GIG	---
Kurt Edlbauer	GIG	
Markus Lehner	ÖVP	
DI. Josef Doppelbauer	ÖVP	
Christoph Hawelka	ÖVP	
Josef Doppler	FPÖ	

Der Schriftführer: (§ 54 Abs. 2 Oö. GemO. 1990): VB-I Roland Pimingstorfer

WORTPROTOKOLL:

Bgm. Gigleitner: „Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich eröffne die heutige Sitzung des Gemeinderates und begrüße alle Anwesenden sehr herzlich. Ich stelle fest, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist, dass die Sitzung von mir einberufen worden ist, dass die Tagesordnung an alle Mitglieder und Ersatzmitglieder zeitgerecht ergangen ist. Die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 20. März dieses Jahres liegt bis Ende dieser Sitzung auf und bis dahin können spätestens Einwendungen gemacht werden. Als Schriftführer bestelle ich meinen Kollegen Roland Pimingstorfer.“

Bgm. Gigleitner: „Ich sehe ein neues Gesicht, das noch nicht angelobt ist, Rudolf Kapsammer. Dies werden wir noch gleich durchführen, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen. Rudolf, ich ersuche dich und wenn du so nett bist und nach vorne kommst. Alle anderen glaube ich dürften angelobt sein.“

Bgm. Gigleitner: „Ich gelobe das Gelöbnis abzulegen, die Bundes- und Landesverfassung sowie alle übrigen Gesetze und alle Verordnungen der Republik Österreich und des Landes Oberösterreichs gewissenhaft zu beachten, ihre Aufgabe unparteiisch und uneigennützig zu erfüllen, das Amtsgeheimnis zu wahren und das Wohl der Gemeinde nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern.“

EGRM. Rudolf Kapsammer: „Ich gelobe.“

Bgm. Gigleitner: „Somit sind dann alle angelobt.“

Bgm. Gigleitner: „Von der Tagesordnung, von der Reihenfolge mache ich eine Änderung. Das heißt der Punkt 7 wird als Erster behandelt.“

Zu Punkt 7) der TO. – Vergabe von Darlehen „Ausfinanzierung der Ausgaben der Lieferungen und Leistungen für das Veranstaltungszentrum der ehemaligen Gemeinde KG (Restbetrag);

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Für dieses Projekt, was ich soeben vorgelesen habe, wurde ein Darlehen ausgeschrieben. Zu dieser Ausschreibung wurden wie immer folgende Geldinstitute eingeladen. Die BAWAG PSK, Sparkasse, Raika, Oberbank, VKB und die Volksbank, alle in Grieskirchen. Die Anbieteröffnung erfolgte am 15.7. dieses Jahres im Beisein von Fraktionsobmann Ernst Mair und meiner Person. Die Anbieteröffnung hat folgendes Ergebnis erbracht. Es haben von diesen eingeladenen Banken zwei abgegeben. Die erstgereichte Bank ist die Raiffeisenbank Grieskirchen. Es ist sowohl der 3- als auch der 6-Monats-EURIBOR angeboten worden mit einer Laufzeit von 15 Jahren. Der 6-Monats-EURIBOR beträgt, ich rede jetzt vom Aufschlag, 1,183 beim 6-Monats-EURIBOR. Beim 3-Monats-EURIBOR 1,275 und ist somit Billigstbieter. Die zweite Bank, die angeboten hat, ist die Volkskreditbank. Aufschlag beim 3-Monats-EURIBOR 1,6 und beim 6-Monats-EURIBOR ebenfalls 1,6. Ja und somit bin ich einmal mit meinem kurzen Vorbericht fertig und ersuche den Gemeinderat um Wortmeldungen. Ich weise noch einmals darauf hin, wie wir es letztes Mal festgelegt haben, pro Tagesordnungspunkt von jedem Mitglied zwei Wortmeldungen. Wer eröffnet die Wortmeldungen? Fraktionsobmann Mair, bitte.“

GRM. Mair: „Wir haben ja von der IKD einen Prüfungsbericht zugeschickt gekriegt und da ist darauf hingewiesen, dass man mit der IKD Verbindung aufnehmen muss bzw. sich mit dem Generalunternehmer einigen und da steht drinnen, dass die Gemeinde nicht mehr als 108.000 Euro an den Generalübernehmer zahlen soll und jetzt hätte ich gerne eine Aufklärung, wie dieser Betrag von diesen 140.000 zustande kommt.“

Bgm. Gigleitner: „Es steht auch weiters drinnen im Prüfungsbericht, dass die Gemeinde mit der GWB, jetzt sagt man Oberösterreichischer Wohnbau, Verhandlungen durchzuführen hat. Die sind durchgeführt worden, von meiner Person, vom Prüfer Wittinghofer und seitens der GWB von Dr. Hochleitner und vom Rechberger und hat sich ergeben, dass die 108.000 nicht zum Tragen gekommen sind, sondern man hat sich dann so nicht ganz in der Mitte, im zweiten Drittel getroffen und die Rechnung von der GWB liegt zum heutigen Tage noch nicht vor, aber es wird knapp unter den 140.000 sein. 142.000 sind deswegen aufzunehmen, weil ja auch Zinsen angefallen sind, die natürlich auch zu bezahlen sind.“

GRM. Mair: „Es sind 140, die wir aufnehmen.“

Bgm. Gigleitner: „140 ist einmal vorgegeben worden. Es ist einmal eine Anfrage von der Aufsichtsbehörde gewesen. Ich glaube das ist relativ gut geschätzt worden, hat man jetzt im Nachhinein feststellen können. Der tatsächliche Betrag sind 142, also eine geringfügige Abweichung und um diese 142.000 Aufnahme in Darlehensform, so wie ich es vorgetragen habe, geht's bei diesem Tagesordnungspunkt.“

Bgm. Gigleitner: „Weitere Wortmeldungen. Hofinger. Mair, glaube ich, hat noch einen Zusatz.“

GRM. Mair: „Ja.“

Bgm. Gigleitner: „Zweite Wortmeldung.“

GRM. Mair: „Ja, ich möchte nur sagen, dass für mich das Ganze nicht nachvollziehbar ist. Insofern, weil in dem Projekt auch Gelder drinnen sind, das habe ich schon mehrmals angemerkt, vom Hochwasserschutz was nicht hineingehört und ich bin mir gar nicht sicher, ob das mit der IKD oder dem Land überhaupt schon abgeklärt und aufgeklärt ist und ich werde daher diesem Antrag sicher nicht zustimmen.“

Bgm. Gigleitner: „Okay, ich nehme deine Wortmeldung zur Kenntnis. Hofinger ist der Nächste bitte.“

GRM. Mag. Hofinger: „Also ich glaube, dass die Reihenfolge überhaupt nicht passen kann. Wir können nicht im Gemeinderat eine Darlehensvergabe machen über einen Betrag, der mit dem Gemeinderat nicht abgestimmt ist. Ich zitiere jetzt da wortwörtlich aus dem Prüfbericht, den haben wir letztes Mal ausführlich diskutiert. Da geht's ja nicht um eine geringe Summe. *„Ein Volumen von rund 50.600 Euro wurde weder im Einvernehmen mit der Gemeinde vergeben, noch dem Gemeinderat zur Kenntnis gelangt. Hier hat der Generalübernehmer vertragswidrig eigenmächtig gehandelt.“* Und daher dann die Konsequenz im Prüfbericht, die ja der Ernst da vorgetragen hat, ist mit dem Generalunternehmer ein Gespräch zu führen und zwar nicht über irgendeinen Vergleich, sondern dass die gerechtfertigte Summe auf den Cent genau von 108.040 Euro richtig gestellt wird. Und es spricht ja nichts dagegen, dass da Vergleichsgespräche geführt werden, aber eines ist auch klar, bevor da eine Summe fixiert wird, muss natürlich der Gemeinderat erstens einmal davon Kenntnis erfahren und wir müssen auch zu dem zustimmen. Also der Gemeinderat hat noch nie die Möglichkeit gehabt darüber abzustimmen, welche Summe jetzt der GWB zukommt. Für mich zählt nach wie vor der Prüfbericht, immerhin vom Land Oberösterreich, wo es heißt 50.600, das ist ja keine Kleinigkeit, vertragswidrig eigenmächtig. Also das ist unter keinen Umständen zu akzeptieren, nicht einmal ein Cent. Und du kannst nicht dann kommen und sagen jetzt vergeben wir ein Darlehen von 140.000 und bei der nächsten Gelegenheit heißt es dann der Gemeinderat hat zugestimmt. Ich glaube, dass der Punkt gehörte jetzt einmal abgesetzt und man müsste bei der nächsten Sitzung dann einmal mit dem Gemeinderat diskutieren und am besten wäre im Bauausschuss und ich habe es auch letztes Mal angeregt im Prüfungsausschuss vorbereiten, ob diese Summe überhaupt gerechtfertigt ist, wie das zustande kommt. Weil die Frage, was da eigenmächtig war, ist auch noch nicht beantwortet. Ich stelle es nur fest, dass der Prüfungsbericht vom Land das gesagt hat.“

Bgm. Gigleitner: „Gut. Zum Ersten, der Prüfungsbericht wurde ja letztmalig von der ÖVP-Fraktion nicht mitgetragen. Jetzt ist man wieder scharf auf die Zeilen, die im Prüfungsbericht stehen. Punkt Zwei, dieser Punkt wird sicher nicht abgesetzt von der Tagesordnung und Drittens ist die Abstimmung bis zum Hofrat Gugler genehmigt worden von der Aufsichtsbehörde. Infolge dessen sehe ich grünes Licht, dass man dieses Darlehen vergeben kann. Weitere Wortmeldungen?“

GRM. Mag. Hofinger: „Zusatzbemerkung. Gemeinderat wurde wieder oder wird damit wieder übergangen.“

Bgm. Gigleitner: „Nein wird nicht übergangen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Wir stimmen über Beträge ab, wenn ich das noch kurz ausführen darf, ob's wo um 350 oder 400 Euro, wie's im Gemeinderat oder Vorstand ist, diskutieren wir oft, ist auch richtig so, weil man ja die Grundlagen besprechen muss. Da haben wir es

schwarz auf weiss, dass es 50.000 Euro zu viel sind und wir können nicht einmal darüber entscheiden, befinden, diskutieren, prüfen. Das sind lauter Steuergelder, also ich sehe das nicht ein. Ich halte fest, dass der Gemeinderat, was die Festlegung der Rechnungssumme ist, hier offensichtlich übergangen wird.“

Bgm. Gigleitner: „Gut, es gibt ein Wortprotokoll. Es wird jedes Wort festgelegt. Haben wir weitere Wortmeldungen dazu?“

Bgm. Gigleitner: „Sehe das ist nicht der Fall. Der

Antrag lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass das Darlehen in der Höhe von 142.000 mit einem Zinssatz von 1,6 % nach dem 6-Monats-EURIBOR mit einer Laufzeit von 15 Jahren dem Billigstbieter, der Raiffeisenkasse Grieskirchen, für das Projekt Ausfinanzierung der Ausgaben der Lieferung und Leistungen für das Veranstaltungszentrum der ehemaligen Gemeinde-KG, sprich Restbetrag, gemäß den Bedingungen des vorliegenden Schuldscheines, der übrigens dann vom Schriftführer vollinhaltlich verlesen wird, sowie den Tilgungsplan aufzunehmen. Der Darlehensvertrag bedarf der aufsichtsbehördlichen Genehmigung gemäß § 84 oö. Gemeindeordnung.

Das wäre einmal von der Antrag meiner Seite und ersuche jetzt den Schriftführer um die Verlesung des Darlehensvertrages.“

Schriftführer Pimingstorfer: „Raiffeisenbank Region Grieskirchen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung. Gemeindedarlehen. Konto IBAN AT02 3473 6000 2106 9802. Dem Darlehensnehmer Gemeinde Pollham, Pollham 31, 4710 Grieskirchen wird vom Darlehensgeber Raiffeisenbank Region Grieskirchen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung nachstehendes Darlehen gewährt. Vertragsaufbau. A Darlehensgegenstand und Konditionen. B Sonstige Darlehensbedingungen. C Allgemeine Geschäftsverbindungen. A Darlehensgegenstand und Konditionen. Darlehensbetrag EUR 142.000 für Veranstaltungszentrum der ehemaligen Gemeinde KG (Restbetrag) Sollzinsen 1,6 % p.a., Verrechnung im nachhinein halbjährlich, halbjährliche Anpassung, erstmals am 1.1.2015, entsprechend der Entwicklung 6-Monats-Satz-EURIBOR + 1,183 %-Punkte, Berechnungsbasis Durchschnitt des zweiten Monats des letzten Quartals vor Beginn einer Zinsperiode. Verzugszinsen 0 % p.a. Abschlusstermine 30.6. und 31.12. Rückzahlung in 30 halbjährlichen Pauschalraten für Kapital und Zinsen EUR 5.349,-- jeweils am 30.6. und 31.12., beginnend mit 31.12.2014, Laufzeit bis 30.6.2029. Ratenanpassung bei Konditionenänderung. Der Darlehensvertrag ist beiderseits unter Einhaltung einer 6-monatigen Kündigungsfrist zu den Abschlussterminen schriftlich kündbar. Für alle Streitigkeiten aus diesem Vertrag wird ohne Rücksicht auf die Höhe des Betrages gemäß § 104 JN das Bezirksgericht Grieskirchen vereinbart. Rechtswirksamkeit der Darlehensaufnahme. Sollte durch diese Darlehensaufnahme der Gesamtstand an Darlehensschulden der Gemeinde ein Drittel der Einnahmen des ordentlichen Gemeindevoranschlages des laufenden Haushaltsjahres überschreiten, so bedarf diese Darlehensaufnahme, ausgenommen die Fälle des § 84 Abs 4 oö. Gemeindeordnung 1990 in der geltenden Fassung, der gemeindefaufsichtsbehördlichen Genehmigung. Ist eine gemeindefaufsichtsbehördliche Genehmigung erforderlich, wird die Darlehensaufnahme erst mit dieser Dritten gegenüber wirksam. Diese Urkunde wurde vom Gemeinderat in der Sitzung am unter Tagesordnungspunkt genehmigt und wird diese gemäß § 65 oö. Gemeindeordnung 1990 in der geltenden Fassung unterfertigt. B Sonstige Darlehensbedingungen. Zu Verzinsung. Der Darlehensnehmer verpflichtet sich, dieses Darlehen zum oa. Sollzins vom Tage der Zuzählung zu verzinsen und darüber hinaus ein Bearbeitungsentgelt w.o., sowie

alle mit dem Darlehen und der Kontoführung zusammenhängenden Kosten und Entgelte dem Darlehensgeber zu ersetzen. Sollzinsen werden vom jeweiligen Saldo des Kreditkontos im Nachhinein auf Basis der tatsächlichen Zahl der Tage der Zinsperiode und einem Jahr von 360 Tagen verrechnet. Das Darlehenskonto wird zu den Abschlussterminen kontokorrentmäßig abgeschlossen. Kapitalziehungen sowie die fälligen Zinsen und Entgelte werden dem Darlehenskonto angelastet, ebenso das einmalige Bearbeitungsentgelt. Im Falle der nicht rechtzeitigen Bezahlung des Kapitals, der Zinsen oder der sonstigen in dieser Urkunde festgelegten Nebengebühren sind, abgesehen von den weiter vorgesehenen Verzugsfolgen, Verzugs- und Zinsenzinsen w.o. zu entrichten. Zu Laufzeit und Kündigung. Aus wichtigem Grund ist der Darlehensgeber berechtigt, das gesamte Darlehen sofort fällig zu stellen bzw. eine Kreditauszahlung zu verweigern. Wichtige Gründe im Sinne der Z. 23 AGB sind insbesondere, wenn a) in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Darlehensnehmers Verschlechterungen oder Änderungen eintreten, die die Einbringlichmachung der Darlehensforderung gefährden könnten. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn der Darlehensnehmer seine Zahlungen einstellt oder zahlungsunfähig wird oder wenn gegen ihn Exekution zur Befriedigung oder Sicherstellung geführt wird oder das gerichtliche Ausgleichs- oder Insolvenzverfahren beantragt oder eröffnet wird, b) der Darlehensnehmer auch nur eine der nach vorliegender Urkunde oder Allgemeinen Geschäftsbedingungen ihm obliegenden Verpflichtungen nicht vollständig oder nicht termingerecht erfüllen sollte, c) schwerwiegender Zahlungsverzug vorliegt. Weitere Bestimmungen. 1. Erfüllungsort sind die Geschäftsräume des Darlehensgebers. 2. Der Darlehensnehmer verpflichtet sich ferner, alle aus diesem Schuldverhältnis entstehenden Kosten, Auslagen, Stempel, Gebühren, Steuern und sonstigen Abgaben jeglicher Art, die aus Anlass der Begründung, des aufrechten Bestandes, der Befestigung und Beendigung des gegenständlichen Schuldverhältnisses erwachsen, aus eigenem zu tragen bzw. dem Darlehensgeber nach Selbstaussage zu ersetzen, so dass diesen niemals eine sich hieraus ergebende Auslage treffen kann. Hiezu zählen insbesondere auch allfällige Mahn-, Vergleichs-, Prozess-, Exekutions-, Schätzungs-, Intabualtions-, Löschungs- und Abtretungskosten und Kosten für die Beteiligung an Schätzungs-, Versteigerungs- und Verteilungsverfahren, eines Insolvenzverfahrens sowie der rechtsfreundlichen Vertretung, gleichgültig, ob diese Kosten gerichtlicher oder außergerichtlicher Natur sind. Die Kosten rechtsfreundlicher Beratung z.B. im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Darlehensvertrages hat jeder Vertragspartner selbst zu tragen. 3. Der Darlehensnehmer erklärt sich damit einverstanden, dass sämtliche Zahlungen zunächst auf die fälligen Zinsen und sonstigen Nebengebühren und erst dann auf das Kapital verrechnet werden. 4. Der Darlehensnehmer stimmt der Weitergabe von Daten im Umfang der Datenschutzerklärung (Beiblatt), deren Erhalt er bestätigt, zu und entbindet die Bank gegenüber den in der Datenschutzerklärung genannten Personen und Institutionen ausdrücklich auch vom Bankgeheimnis. 5. Der Darlehensnehmer bestätigt den Erhalt einer Kopie dieses Darlehensvertrages, das Original verbleibt bei der Bank. 6. Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen zu ihrer Rechtswirksamkeit der Schriftform. 7. Der Darlehensgeber ist berechtigt, Forderungen aus diesem Darlehen zu zedieren oder darüber eine Treuhandvereinbarung nach § 1 des Gesetzes über fundierte Bankschuldverschreibungen (FBSchVG) abzuschließen. In diesem Fall können die Forderungen in einen Deckungsstock für fundierte Bankschuldverschreibungen des Zessionars bzw. des Treugebers aufgenommen werden. Der Darlehensnehmer wird bereits jetzt von der Haftung der Darlehensforderung für fundierte Bankschuldverschreibungen sowie davon informiert, dass eine Aufrechnung gegen die Darlehensforderung im Verhältnis zum Zessionar bzw. Treugeber, sowie zum Darlehensgeber gesetzlich ausgeschlossen ist (§ 2 Abs. 2 FBSchVG). Weitere Verständigungen hierüber unterbleiben einvernehmlich. C Allgemeine Geschäftsverbindungen. In allen übrigen Belangen gelten die Allgemeinen Geschäftsverbindungen in der derzeit gültigen Fassung, deren zustimmende Kenntnisnahme der Darlehensnehmer hiermit bestätigt. Pollham. Datum. Raiffeisenbank Region Grieskirchen registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung.“

Bgm. Gigleitner: „Gut. Bedanke mich sehr herzlich beim Schriftführer für die Verlesung des Darlehensvertrages und lasse über meinen gestellten Antrag abstimmen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Eine kurze Verständnisfrage hätte ich noch. Wenn das, also wenn das Darlehen bewilligt wird von der Aufsichtsbehörde, wird das dann gleich ausgezahlt an die GWB?“

Bgm. Gigleitner: „Wenn's genehmigt wird, wird es ausbezahlt, wenn die Rechnung vorgelegt wird von der GWB.“

GRM. Mag. Hofinger: „Gibt's da einen schriftlichen Bericht über dieses Gespräch bei der IKD?“

Bgm. Gigleitner: „Also mir ist keiner zugegangen, bis dato.“

GRM. Mag. Hofinger: „Dann hätte ich gerne einen von dir einen ausführlichen schriftlichen Bericht. Nach § 63 folgende Gemeindeordnung bist du auskunftspflichtig über alle Gründe, warum es zu dieser hohen Zahl gekommen ist.“

Bgm. Gigleitner: „Okay, weitere Wortmeldungen?“

GRM. Mag. Hofinger: „Ich fordere von Bürgermeister Gigleitner einen ausführlichen schriftlichen Bericht über das Gespräch bei der IKD über das Zustandekommen dieses Betrages.“

Bgm. Gigleitner: „Gut, dann lasse ich über den gestellten Antrag von mir abstimmen und wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung der GIG-Fraktion (Bgm. Gigleitner, Vbgmⁱⁿ Greinecker, GRM. Aschauer, GRM. Grottenthaler, EGRM. Zehetner, EGRM. Pittrich) und GRM. Ing. Billmayer (SPÖ) genehmigt.

Bgm. Gigleitner: „Danke, Gegenprobe.“

Die ÖVP-Fraktion (GRM. Mair, GRM. Mag. Hofinger, EGRM. Humer, EGRM. Mader und EGRM. Kapsammer) sowie EGRM. Strasser (FPÖ) stimmten gegen den Antrag.

Bgm. Gigleitner: „Punkt 5 wird jetzt als Zweites behandelt.“

Zu Punkt 5) der TO. – Vorläufiger Finanzierungsplan für die Abwasserbeseitigungsanlage BA 04 – Siedlung Eichelseder-Raab;

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Vom Amt der oberösterreichischen Landesregierung, Direktion Umwelt und Wasserwirtschaft, Abteilung Oberflächengewässerwirtschaft, Abwasserwirtschaft, OGW410366-9/2013 vom 20.6.2013 wurde der Gemeinde Pollham ein Förderungsansuchen nach § 16 ff UFG 1993 vorgelegt. In diesem Förderungsansuchen ist der vorläufige Finanzierungsplan für den Bauabschnitt 04 beinhaltet. Dieser Finanzierungsplan

wird dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt. Der wurde mit den Fraktionsobleuten ebenfalls besprochen. Die Gesamtsumme beinhaltet 178.000,00. Setzt sich zusammen aus Anschlussgebühren mit 27.486,00. Dann Eigenmittel mit 17.800,00, Landesförderung 24.891,00 und eine Bundesförderung von 107.823,00.“

GRM. Ing. Billmayer: „Das stimmt aber nicht ganz.“

Bgm. Gigleitner: „Bitte?“

GRM. Ing. Billmayer: „Das was ich da habe, steht Landesförderung gerundet 0 Euro. Bundesmittel 24.891,00.“

Bgm. Gigleitner: „Pardon, okay, die Bundesförderung dann korrigiere ich das. Bundesmittel sind 24.891,00 und das letzte, die Bundesfinanzierung mit 107.823,00. Gesamtsumme 178.000,00.“

GRM. Mair: „Wieso Bundesfinanzierung? Restfinanzierung.“

Bgm. Gigleitner: „Restfinanzierung. Wird auf Rest korrigiert, die Finanzierung. Gut, haben wir dazu Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Fraktionsobmann Mair hat dazu noch eine Wortmeldung.“

GRM. Mair: „Ich hätte einmal eine grundsätzliche Frage zu den Hausanschlüssen, weil man in Egg das Problem gehabt hat, dass man hintennach wieder einen Haufen Geld ausgegeben hat, weil Häuser dazu gekommen sind. Sind diese Hausanschlüsse grundsätzlich über die Straßengrenze verlegt worden?“

Bgm. Gigleitner: „Nein, es geht um das, der BA04 beinhaltet ja nur nicht jetzt Egg. Egg ist unter 03 drinnen.“

GRM. Mair: „Nein, das ist mir schon klar. Ich habe Egg als Beispiel gebracht. Wenn jetzt irgendwann, wir geben einen Haufen Geld aus, Später wird die Straße asphaltiert und dann kommt man darauf, dass eigentlich womöglich die Straße wieder aufgerissen werden muss, weil dort zu wenig Schächte da sind oder zu wenig Anschlüsse.“

Bgm. Gigleitner: „Die Schächte sind deswegen später hinein gekommen, weil zu dem Zeitpunkt der Flächenwidmungsplan noch nicht rechtskräftig war und man kann nicht vorhinein jetzt für die Schächte ein Geld ausgeben und sollte der Flächenwidmungsplan nicht genehmigt werden, eine unnötige Geldausgabe gewesen. In dem, dass er durch gegangen ist rechtskräftig, wäre es im Nachhinein besser gewesen, wenn die Schächte bereits drinnen gewesen sind. Aber ich meine, das wird immer wieder sein, dass man Kanalbauten einfach bestehende Straßen aufreißen muss. Gezwungen, sage ich jetzt einmal.“

GRM. Mair: „Das heißt, in Aigen ist das aber so vorgesehen, dass dies passen müsste.“

Bgm. Gigleitner: „Aigen müsste dies jetzt passen, weil ja noch keine Asphaltierung vorgesehen ist. Infolge dessen ist noch das „Schachtproblem“ noch nicht gegeben.“

GRM. Mair: „Für mich ist das Ganze nicht sinnhaft, zweckmäßig und wirtschaftlich. Wir haben dies damals bei der Auftragsvergabe gesagt, dass da zu überhöhten Preisen Sachen vergeben worden ist und ich werde mich der Stimme enthalten.“

Bgm. Gigleitner: „Das ist dein demokratisches Recht. Weitere Wortmeldungen? Sehe das ist nicht der Fall.“

Bgm. Gigleitner: „Ich stelle den

Antrag:

Der Gemeinderat möge den vorläufigen Finanzierungsplan für den BA04 mit einer Gesamtsumme von 178.000,00 Euro beschließen.

Wer damit einverstanden ist, ersuche ich ein Handzeichen über meinen gestellten Antrag.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung der GIG-Fraktion (Bgm. Gigleitner, Vbgmⁱⁿ Greinecker, GRM. Aschauer, GRM. Grottenthaler, EGRM. Zehetner, EGRM. Pittrich) und GRM. Ing. Billmayer (SPÖ) genehmigt.

Die ÖVP-Fraktion (GRM. Mair, GRM. Mag. Hofinger, EGRM. Humer, EGRM. Mader und EGRM. Kapsammer) sowie EGRM. Strasser (FPÖ) enthielten sich der Stimme.

Bgm. Gigleitner: „Punkt 6 wird zu Punkt 3 umgewandelt.“

Zu Punkt 6) der TO. – Vergabe von Darlehen „Abwasserbeseitigungsanlage BA 04“ (Siedlung Eichelseder-Raab):

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Aufgrund dieses Projektes wurde laut dem vorläufigen, der vorläufige Finanzierung, über den vorläufigen Finanzierungsplan ein Darlehen in Höhe von 178.000,00 ausgeschrieben. Zur Ausschreibung wurden wieder folgende Geldinstitute zur Anbotlegung eingeladen, so wie ich es erwähnt habe beim ersten Mal. BAWAG, Sparkasse, Raika, Oberbank, VKB und die Volksbank Grieskirchen. Die Anboteröffnung ist ebenfalls am 15.7. im Beisein von Fraktionsobmann Ernst Mair und meiner Person erfolgt. Ergebnis dieser Anboteröffnung. An erster Stelle die PSK beim 6-Monats-EURIBOR mit einem Aufschlag von 0,85. 3-Monats-EURIBOR 0,97 als Billigstbieter. An zweiter Stelle die Sparkasse Aufschlag beim 3-Monats-EURIBOR 1,020, beim 6-Monats-EURIBOR 1,140 und an dritter Stelle die Raiffeisenbank Grieskirchen, beim 3-Monats-EURIBOR 1,275 und 6-Monats-EURIBOR 1,183. Die anderen drei Banken haben nicht abgegeben. Somit wäre Billigstbieter die PSK mit dem 6-Monats-EURIBOR Aufschlag 0,85. Als Anmerkung, wenn ein Darlehen aufgenommen wird für den Kanalbau, ist eine aufsichtsbehördliche Genehmigung nicht erforderlich. Ersuche ebenfalls wieder den Schriftführer um die Verlesung des vorliegenden Darlehensvertrages.“

Schriftführer Pimingstorfer: „BAWAG-PSK. Darlehen über Euro 178.000,00. Darlehen-IBAN AT94600000540060509. Darlehensvertrag. Sehr geehrte Damen und Herren. Die BAWAG PSK Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft, im Folgenden Darlehensgeberin genannt, ist bereit, der Gemeinde Pollham, im Folgenden Darlehensnehmer/in genannt, ein Darlehen in Höhe von Euro 178.000,00 (in Worten Euro einhundertachtundsiebzigtausend) zu gewähren. 1. Darlehenszweck. Abwasserbeseitigungsanlage BA 04 – Siedlungsstraße Eichelseder Raab. 2. Konditionen. Das

Darlehen wird auf Roll-over-Basis mit Einzelzinsperioden von 3 bzw. 6 Monaten, jeweils bis zum Ende eines jeden Kalenderquartals beziehungsweise Kalenderhalbjahres gewährt (Aviso bei der ersten Zuzählung und anschließend jeweils 5 Bankarbeitstage vor Beginn der Zinsperiode erforderlich). Der Zinssatz errechnet sich aus einem Aufschlag von *0,97 %-Punkten auf den jeweiligen 3-Monats-EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) gemäß Reuters Seite „EURIBOR01“ (Fixing 11 Uhr) *0,85 %-Punkten auf den jeweiligen 6-Monats-EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) gemäß Reuters Seite „EURIBOR01“ (Fixing 11 Uhr) und wird nicht gerundet. Der Zinssatz wird von der Darlehensgeberin erstmals bei Zuzählung festgelegt und in weiterer Folge jeweils zwei Bankarbeitstage vor Beginn jeder Verzinsungsperiode auf Basis des 3- bzw. 6-Monats-EURIBORs gemäß Reuters Seite „EURIBOR01“ angepasst. Sollte der so festgelegte EURIBOR nicht mehr veröffentlicht werden, so gelangt jener Zinssatz (Index) zur Anwendung, der dem vorgenannten Index wirtschaftlich möglichst nahe kommt. Zinsverrechnung und Fälligkeit sind abhängig von den gewählten Einzelperioden. Zinsverrechnung. Vierteljährlich / halbjährlich, dekursiv, kalendermäßig/360. Fälligkeitstermine. 31.3, 30.6, 30.9. und 31.12. / 30.6. und 31.12. eines jeden Jahres. Teilt der/die Darlehensnehmer/in der Darlehensgeberin die gewünschte Zinsperiode nicht bis spätestens 11.00 MEZ 5 Geschäftstage vor dem Zinsfälligkeitstermin mit, so gilt das Beibehalten der ursprünglich gewählten Monatsperiode für die folgende Zinsperiode als vereinbart.

3. Laufzeit, Rückführung, vorzeitige Rückzahlung, Zahlungsverzug und Kündigung des Darlehens.

3.1 Laufzeit. Die Laufzeit des Darlehens beträgt 33 Jahre (exklusive Bauphase).

3.2 Rückführung, vorzeitige Rückzahlung. Abhängig von der gewählten Einzelperiode ist das Darlehen in vierteljährlichen/halbjährlichen Pauschalraten (beinhaltend Kapitaltilgung und anteilige Zinsen), beginnend mit 31.12.2014 jeweils gemäß Tilgungsplan zurückzuzahlen, sodass der 30.9.2047 als letzter Rückzahlungstermin gewährleistet ist. Während der tilgungsfreien Zeit sind nur die angelaufenen Zinsen zu den jeweiligen Abrechnungsterminen zu bezahlen. Einen aktuellen Tilgungsplan erhält der/die Darlehensnehmer/in nach der ersten Zuzählung bzw. Teilzuzählung. Außerordentliche Tilgungen sind gegen vorheriges Aviso zu den Fälligkeitsterminen spesenfrei möglich. Rückgezahlte Darlehensbeträge können jedoch nicht erneut in Anspruch genommen werden. Bei vereinbarten Darlehensaufstockungen wird mit den Ratenzahlungen zuerst das ursprüngliche und erst dann das Aufstockungsdarlehen getilgt. Sämtliche Zahlungen sind so zu leisten, dass sie der Darlehensgeberin in der geschuldeten Höhe zukommen.

3.3 Zahlungsverzug und Kündigung aus wichtigem Grund. Durch Zahlungsverzug tritt Terminverlust ein, der die Darlehensgeberin berechtigt, das gesamte Darlehen, nebst Zinsen und Kosten, sofort fällig zu stellen und rück zu fordern. Im Falle des Zahlungsverzuges oder des Terminverlustes ist die Darlehensgeberin berechtigt, neben den vereinbarten Kontokorrentzinsen, Verzugszinsen in der Höhe von 5,5 % p.a. vom ausstehenden Betrag und zusätzlich ihre durch den Verzug entstandenen Auslagen und Aufwendungen zu verlangen. Jeder Vertragsteil kann diesen Darlehensvertrag jederzeit ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist schriftlich kündigen, wenn ihm die Aufrechterhaltung des Vertrages aus wichtigen Gründen unzumutbar ist. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn der/die Darlehensnehmer/in eine Vertragspflicht nicht erfüllt, der/die Darlehensnehmer/in oder ein Garant unrichtige Angaben über Vermögensverhältnisse oder sonstige wichtige Umstände gemacht hat, sich die Vermögensverhältnisse des/der Darlehensnehmer/in oder des Garanten wesentlich verschlechtern, eine wesentliche Veränderung in der Besicherung eintritt. Die Annahme von Zahlungen schließt das Kündigungsrecht nicht aus.

4. Gesetzliche Gebühren und sonstige Kosten.

4.1 Anleihen (Darlehen, Kredite) die von Ländern, Bezirken (Gebietsgemeinden, Gemeindeverbänden), Gemeinden und anderen Gebietskörperschaften aufgenommen werden, sind gemäß § 2 des Bundesgesetzes vom 16. Dezember 1948, BGBl. Nr. 24/1949 von der Entrichtung von Stempel- und Rechtsgebühren befreit.

4.2 Allfällige Stempel- und Rechtsgebühren, alle Porti und Spesen für Mahnungen, Klagen und Exekutionen, Verwahrungsgebühren, alle durch Nichterfüllung auch nur einer der hier angeführten Verbindlichkeiten, überhaupt alle gegenwärtig oder zukünftigen, wie immer

gearteten gerichtlichen oder außergerichtlichen Kosten sind von dem/der Darlehensnehmer/in zu tragen beziehungsweise sind der Darlehensgeberin nach Bekanntgabe unverzüglich zu ersetzen, sofern sie nicht schon bei der Darlehenszuzahlung verrechnet werden. 4.3 Alle von den Zinsen des Darlehenskapitals oder vom Darlehen selbst gegenwärtig oder künftig zu entrichtenden, wie immer gearteten oder genannten Beträge, wie zum Beispiel Steuern, Gebühren, Beiträge usw. samt allfälligen Zuschlägen, mag dem/der Darlehensnehmer/in ein Recht des Abzuges zustehen oder nicht, sind ohne Verzug zu berichtigen, sodass der Darlehensgeberin eine derartige Zahlung nicht zur Last fallen kann. Sollte die Darlehensgeberin wie immer genannte oder geartete Zahlungen der erwähnten Art leisten, so wird ihr der/die Darlehensnehmer/in auch diese Beträge samt eventuellen Zuschlägen ohne Verzug vergüten. 5. Abwicklung des Darlehens. Die Abwicklung des Darlehens (Einzug der geschuldeten Beträge) erfolgt über das Konto des/der Darlehensnehmer/in IBAN AT692032012100011259. Die Zuzahlung (auch in Teilbeträgen möglich) wird auf ein von dem/der Darlehensnehmer/in im Zuzahlungsschreiben genanntes Konto überwiesen. 6. Abbuchungsermächtigung. Der/Die Darlehensnehmer/in ermächtigt die Darlehensgeberin hiermit unwiderruflich, sämtliche während der Darlehenslaufzeit fällig werdenden Zahlungsverbindlichkeiten des/der Darlehensnehmers/in aus diesem Darlehensvertrag einseitig von dem unter Punkt 5. Genannten beziehungsweise zu nennenden Konto am Fälligkeitstag zugunsten der Darlehensgeberin abzubuchen. 7. Sicherheit. Die Darlehensgewährung erfolgt blanko. 8. Sonstige Bedingungen/Nebenabreden. 8.1 Der/Die Darlehensnehmer/in verpflichtet sich, für die Verzinsung und Tilgung dieses Darlehens nach seinen/ihrer jährlichen Haushaltsplan volle Vorsorge zu halten. Nach Erstellung ist jeweils eine Ausfertigung des Haushaltsplanes und des Rechnungsabschlusses der Darlehensgeberin kurzfristig zu übersenden. 8.2 Der/Die Darlehensnehmer/in hat die Darlehensgeberin unverzüglich zu informieren, falls ihm/ihr Umstände bekannt werden, die die Erreichung des Darlehenszweckes oder die Aufrechterhaltung des Schuldendienstes beeinträchtigen könnten. 8.3 Der/Die Darlehensnehmer/in erklärt hinsichtlich des ihm/ihr gewährten Darlehens darauf zu verzichten, eine Aufrechnungsmöglichkeit geltend zu machen, wann immer sich eine ergibt. 8.4. Das Darlehen wird als Deckungswert für fundierte Bankschuldverschreibungen gemäß § 1 FBSchVG (Gesetz betreffend fundierte Bankschuldverschreibungen) herangezogen. Eine Aufrechnung gegen in das Deckungsregister eingetragene Forderungen findet entsprechend § 2 Abs. 2 FBSchVG nicht statt. 8.5 Jede Änderung oder Ergänzung dieses Darlehensvertrages bedarf zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform. 8.6 Alle Verbindlichkeiten die sich für den/die Darlehensnehmer/in aus der Darlehensgewährung ergeben, gehen auch auf seine/ihre Rechtsnachfolger über beziehungsweise sind auf diese zu überbinden. 8.7 Soweit dieser Vertrag nichts anderes vorsieht, gelten die in den Geschäftsräumen der Darlehensgeberin zur Einsicht aufliegenden „Allgemeinen Geschäftsbedingungen der BAWAG PSK Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkassen Aktiengesellschaft“ in der bei Vertragsabschluss gültigen Fassung (im Fall von Nachträgen bei der Vertragsnachtrag-AGB). 8.8 Erfüllungsort für alle Ansprüche aus diesem Darlehensvertrag sind die Geschäftsräume der kontoführenden Stelle der Darlehensgeberin. 8.9 Der Gerichtsstand des Erfüllungsortes wird im Sinne von § 104 JN vereinbart. 9. Darlehensunterlagen. Vor Darlehenszuzahlung sind beizubringen. 9.1 Die gemäß der Oberösterreichischen Gemeindeordnung ordnungsgemäß gefertigte und mit dem Gemeindegel versehenen Annahmeerklärung samt Ausweiskopien der Zeichnungsberechtigten (falls noch nicht aufliegend). 9.2 Das ordnungsgemäß gefertigte und mit dem Gemeindegel versehene Lastschrift-Mandat. 9.3 Eine Kopie des die Darlehensaufnahme genehmigenden Gemeinderatsbeschlusses. 9.4 Die aufsichtsbehördliche Genehmigung dieser Darlehensaufnahme des Amtes der oberösterreichischen Landesregierung (falls erforderlich). 9.5 Eine Kopie des Fördervertrages beziehungsweise der Förderzusicherung (sofern es sich um ein gefördertes Darlehen handelt). 10. Zustimmungserklärung. Der/Die Darlehensnehmer/in erklärt sich gemäß § 38 Abs. 2 Ziffer 5 BWG damit einverstanden, dass der/die Darlehensnehmer/in

oder ein mit ihm/ihr konzernmäßig verbundenes Unternehmen betreffende Daten, die der Darlehensgeberin im Rahmen der Geschäftsverbindung mit dem/der Darlehensnehmer/in bekannt geworden und zur Beurteilung der aus Geschäften mit der jeweils betroffenen Kommune oder Gesellschaft entstehenden Risiken notwendig oder zweckmäßig sind (insbesondere Bilanzdaten), an (potentielle) Konsortial-/Risikopartner der Darlehensgeberin zur Risikobeurteilung im Rahmen des Konsortialgeschäfts, Refinanzierungsgeber der Darlehensgeberin, denen gegenüber die Forderungen der Darlehensgeberin gegen den/die Darlehensnehmer/in als Sicherheit dienen sollen (insbesondere Österreichische Nationalbank, Österreichische Kontrollbank AG, Europäische Zentralbank, Europäische Investitionsbank), zur Beurteilung der bestellten Sicherheiten weitergegeben werden, die easybank AG, Österreichische Verkehrskreditbank AG, Bausparkasse Wüstenrot AG, BAWAG PSK Versicherung AG, Versicherungsdienst der BAWAG PSK GmbH, BAWAG PSK Leasing GmbH und BAWAG PSK Invest GmbH weitergegeben werden und diese Unternehmen die Daten sowie deren eigene Daten über den/die Darlehensnehmer/in an die anderen Unternehmen weiterübermitteln oder an die Darlehensgeberin rückübermitteln können. Für den Fall der Offenlegung einer Forderungsverpfändung oder Sicherungsabtretung ist die Darlehensgeberin überdies berechtigt, dem jeweiligen Drittschuldner eine Abschrift des Darlehensvertrages auszuhändigen. Der/Die Darlehensnehmer/in nimmt zur Kenntnis, dass die oben genannten Übermittlungen nur dann und insoweit erfolgen, als diese zur Erfüllung gesetzlicher Pflichten notwendig sind oder diese im überwiegenden berechtigten Gläubigerschutzinteresse der Darlehensgeberin beziehungsweise der oben genannten Dritten liegen oder zur Vertragserfüllung notwendig sind. 11. Zeitpunkt der Zuzählung. Die Darlehenszuzählung erfolgt nach Einlangen sämtlicher unter Punkt 9. Angeführten Unterlagen auf schriftlichen Abruf, versehen mit der ordnungsgemäßen Unterschrift. 12. Annahme und Erlöschen der Zusage. Der/Die Darlehensnehmer/in wird ersucht, die beigeschlossene Annahmeerklärung zum Zeichen seines/ihres Einverständnisses ordnungsgemäß (siehe Punkt 9.) zu unterfertigen und der Darlehensgeberin zu retournieren, andernfalls die Zusage, an die wir zwei Monate gebunden sind, als erloschen gilt. Dieser Vertrag wird in zwei Gleichschriften errichtet, von denen eine für Sie bestimmt ist. Mit freundlichen Grüßen.“

Bgm. Gigleitner: „Danke für die Verlesung des Prüfungsberichtes.“

Antrag lautet:“

GRM. Mag. Hofinger: „Darlehensvertrag.“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Darlehensvertrag.“

Bgm. Gigleitner: „Bitte, was?“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Kein Prüfbericht, der Darlehensvertrag war's.“

GRM. Ing. Billmayer: „Du hast gesagt Prüfbericht.“

Bgm. Gigleitner: „Pardon. Der Gemeinderat möge beschließen, dass ein Darlehen in der Höhe von 178.000,00 mit einem Zinssatz von 1,153 nach dem 6-Monats-EURIBOR mit einer Laufzeit von 33 Jahren beim Billigstbieter der BAWAG-PSK für das Projekt Kanalbau BA04 gemäß den Bedingungen des vorliegenden Schuldscheines und des Tilgungsplanes aufzunehmen. Der Darlehensvertrag wurde vollinhaltlich zur Verlesung gebracht.“

Bgm. Gigleitner: „Wortmeldungen noch?“

GRM. Mair: „Grundsätzlich jetzt einmal zu dieser Verlesung von dem Darlehensvertrag. Wenn's jemanden gibt da herinnen, Zuhörer der mir zwei Punkte da wiederholen kann aus dem Darlehensvertrag, dem zahle ich nachher im Wirtshaus eine Halbe Bier und ich möchte gleichzeitig an den Gemeinderat den Antrag stellen, dass man dieses sinnlose verlesen von Darlehensverträgen im vollen Umfang in Zukunft sein lassen. Auf der einen Seite begrenzt du die Redezeit von den Gemeinderäten und sagst, die Wortmeldungen dürfen maximal zwei sein. Da könnte vielleicht eine sinnvolle Wortmeldung kommen und dann verlesen wir so einen Darlehensvertrag, was jetzt glaube ich eine Viertelstunde gedauert hat. Wenn ich ihn jemand näher bringen will, dann kannst du ihn den Gemeinderäten schicken, dann kann sich ihn noch jeder lesen. Geprüft gehört er, das ist mir voll bewusst, aber das macht keinen Sinn. Also in Zukunft hätte ich die Bitte, dass wir so etwas lassen.“

Bgm. Gigleitner: „Das gibt's eine leichte Gegenantwort zu deiner Anmerkung. Das Erste ist das, dass von der Aufsichtsbehörde verlangt wird, dass der Darlehensvertrag vollinhaltlich zur Kenntnis gebracht wird.“

GRM. Mair: „Das kann man auf eine andere Art auch machen. Dann muss ich ihn nicht verlesen.“

Bgm. Gigleitner: „Ich würde dich ersuchen, dass du mich nicht unterbrichst, wenn ich spreche.“

GRM. Mair: „Selbstverständlich.“

Bgm. Gigleitner: „Erstens verlangt dies die Aufsichtsbehörde. Das ist nicht auf meinem Kraut gewachsen, dass er vorgelesen wird. Wir haben ihn erst heute hereingekriegt den Darlehensvertrag per Mail. Ansonsten hätte ich den Vorschlag gehabt, wenn er zeitgerecht hereinkommt, dass ihn die Fraktionsobleute per Mail bekommen. Dann hätte ich gesagt, wenn ihr ihn zur Kenntnis nehmt, hätten wir uns das sparen können. Das ist Punkt eins. Was das andere betrifft, hat der Gemeinderat beschlossen und ist in der Gemeindeordnung verankert, was die zwei Wortmeldungen betrifft, also mache ich nur das, was Vorschrift ist. Und wenn er einmal einen Darlehensvertrag hört, denke ich trotzdem, ist vielleicht für den Zuhörer dies und jenes auch dabei, was ihn vielleicht interessiert. Das kann ich sicherlich nicht beurteilen. Gut, weitere Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Sehe das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über meinen gestellten Antrag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung der GIG-Fraktion (Bgm. Gigleitner, Vbgmⁱⁿ Greinecker, GRM. Aschauer, GRM. Grottenthaler, EGRM. Zehetner, EGRM. Pittrich) und GRM. Ing. Billmayer (SPÖ) genehmigt.

Die ÖVP-Fraktion (GRM. Mair, GRM. Mag. Hofinger, EGRM. Humer, EGRM. Mader und EGRM. Kapsammer) sowie EGRM. Strasser (FPÖ) enthielten sich der Stimme.

Zu Punkt 1) der TO. – Verein zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Pollham & Co KG (VFI) – Rechnungsabschluss 2013;

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Der Verein, der gegenständliche den ich vorgelesen habe, wurde am 19. März 2013 aufgelöst. Die aus dem Finanzjahr 2012 vorgenommenen Einnahmen und Ausgaben des ordentlichen und außerordentlichen Haushaltes wurden von der Gemeinde Pollham übernommen und die Haushaltskonten der VFI somit auf Null gestellt. Weiters wurde auch das Wertvermögen ausgebucht und ebenfalls auf Null gestellt. Somit ordentlicher Haushalt und außerordentlicher Haushalt Einnahmen- und Ausgabenseite Null, somit ausgeglichen. Abgang der ordentliche und der außerordentliche Haushalt ebenfalls die Summe Null. Der Kassenbestand mit 31.12.13 beträgt ebenfalls Null. Vermögen insgesamt zum Stand 31.12.13 Null. Schulden insgesamt mit Stand 31.12.13 Null. Unterschied zwischen Vermögen und Schulden ebenfalls Null. Erläuterungen der außerordentlichen Vorhaben. Veranstaltungssaal mit Musikprobenlokal Einnahmen und Ausgaben Null, ausgeglichen. Kapitalkonten Beteiligungen Einnahmen und Ausgaben Null und somit ebenfalls ausgeglichen. Sind dazu Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Mair.“

GRM. Mair: „Welche Kosten, jetzt haben wir lauter Nuller gehört, wurden auf Null gestellt. Was hat jetzt das Projekt tatsächlich in Summe gekostet und was haben wir auf Null gestellt?“

Bgm. Gigleitner: „Es ist eigentlich alles übernommen worden. Die Gesamtvorlaufkosten sind, ich schaue nach, glaube ich 198.000,00. 198.000,00.“

GRM. Mair: „Und was sind dann die 266.000,00?“

Bgm. Gigleitner: „Da werden wir den Obmann fragen, der weiß das am besten, der das ausgeführt hat. Roland Auskunft bitte.“

GRM. Mair: „Ich habe heute da eine Gesamtsumme von 266.000,00 herinnen.“

Schriftführer Pimingstorfer: „Seite?“

GRM. Mair: „Seite, wo ist da die Seitenzahl? Und zwar ist das im Anhang drinnen, Roland. Seite 31.“

Schriftführer Pimingstorfer: „Naja, die 266, das ist eine, also eine buchhaltäische Darstellung, da wo noch einmal der Abgang vom Vorjahr eingerechnet ist. Die tatsächlichen Ausgaben sind die was eine Spalte, eine Zeile höher steht. Ausgaben 210.675,52. Dies ist auch die Summe.“

GRM. Mair: „Dies sind die tatsächlichen Gesamtkosten?“

Schriftführer Pimingstorfer: „Was ausgebucht worden sind, ja.“

GRM. Mair: „Ja und wenn man die tatsächlichen Gesamtkosten vom Projekt müssten die 266 sein, oder?“

Schriftführer Pimingstorfer: „Nein, das ist durch das, weil dies weil ich vom Vorjahr den Abgang darstellen muss, jetzt wird, rechnet das Programm dies noch einmal auf und rechnet dies noch einmal dazu. Also die tatsächlichen Ausgaben im, im aoH. sind die 210.675. Die 55, dies ist, Moment.“

GRM. Mag. Hofinger: „Gibt es, dass wir Teileinnahmen auch schon gekriegt haben in der KG?“

Schriftführer Pimingstorfer: „Bitte?“

GRM. Mag. Hofinger: „Wir haben ja Einnahmen auch schon einmal gehabt in der KG.“

Schriftführer Pimingstorfer: „Ja, nur dies, was die Abgangsdeckung von der Gemeinde war, für den oH.“

Schriftführer Pimingstorfer: „Die, die 55.925, dies ist der Abgang vom Vorjahr gewesen, der was noch einmal, was im Buchhaltungsprogramm noch einmal dargestellt wird. Die tatsächlichen, tatsächlichen Kosten sind die 210.675. Das ist buchhaltärisch wird das einfach so dargestellt. Aber es sind die Summe der Ausgaben sind die 210.675.“

GRM. Mair: „Man sieht, dass dies eine komplexe Materie ist und ich habe den Antrag, glaube ich, an dich Bürgermeister schon mehrmals gestellt, dass wir einmal eine Gemeinderats-sitzung oder einen Tagesordnungspunkt brauchen werden, wo wir diese Gesamtkosten einmal detailliert, vielleicht mit Beamer, irgendwo sieht, dass die Gemeinderäte wissen, was überhaupt geschehen ist und ich ersuche dich noch einmal, dass wir das einmal machen.“

Bgm. Giglleitner: „Im Prüfungsbericht ist ein drinnen, wo eingehendst die Vorlaufkosten aufgegliedert sind und das sieht man es ganz genau und das hat auch ein unparteilicher Prüfer vom Land festgestellt und meines Erachtens gesagt, das gilt.“

GRM. Mair: „Ja, ich kann nicht mehr tun, als dich zu ersuchen, dass du das den Gemeinderäten.“

GRM. Mag. Hofinger: „Also ich glaube auch, transparent ist es sicher nicht. Ich glaube, dass es gar nicht so schwierig ist, dass man das darstellt, jede Ausgabenposition. Zum Beispiel das was wir heute besprochen haben, diese 108 oder 140.000, ist dies in dieser KG-Buchhaltung drinnen oder rennt dies ausschließlich über die Gemeinde.“

Bgm. Giglleitner: „Das geht jetzt alles über die Gemeinde, weil deswegen stellen wir ja die KG auf Null und fließt dann automatisch ein, in die Gemeindebuchhaltung. Aber mich wundert's, dass du überhaupt noch die Frage stellst, wenn du Obmann-Stellvertreter von der KG bist, würde ich annehmen, dass du das weißt.“

GRM. Mag. Hofinger: „Das kann ich nicht wissen, weil ich heute erst erfahren habe, dass es da ein Vergleichsgespräch gegeben hat über diese Summe und die Buchhaltung und die Rechnungsabschlüsse sind im Prinzip 2012 abgeschlossen worden und da ist eine Rechnung seit zweieinhalb Jahren oder seit zwei Jahren offen und ist jetzt auf diese Art und Weise, ich sage katastrophalerweise, aber ist ja wurscht, erledigt worden. Aber buchungs-technisch ist es für mich noch nicht klar, ist es da drinnen. Dies müsste mit der niedrigeren Summe drinnen sein.“

Schriftführer Pimingstorfer: „154.749,82 sind drinnen.“

Bgm. Gigleitner: „Das ist das, was im Rechnungs, was im Prüfungsbericht festgestellt worden ist. Die Summe, die 154 sind inkludiert. Das hast du jetzt eindeutig vom Schriftführer und zugleich vom Obmann der KG gehört. Weitere Wortmeldungen?“

GRM. Mag. Hofinger: „Ich bin auch der Meinung, dass natürlich das gehört zur Transparenz, dass dies einmal aufgestellt wird, was da alles ausgegeben worden ist.“

Bgm. Gigleitner: „Dass du immer dieselbe oder fast selbe Wortmeldung hast, wie dein Parteikollege und Fraktionsobmann ist mir eigentlich klar und nichts neues mehr. Mair bitte.“

GRM. Mair: „Da stimmt eigentlich dieser Rechnungsabschluss oder Umstellung gar nicht, wenn da diese 154.000 drinnen sind und jetzt sind sie es aber gar nicht mehr.“

Bgm. Gigleitner: „Ich glaube das wissen wir schon, dass dies ein anderes Datum war als das was ich jetzt vorgetragen habe ist wieder ein neues Datum, ja? Und da reden wir vom Rechnungsabschluss 2013 und dies ist schon klar. Dies brauchen wir glaube ich nicht diskutieren. Dies ist das Ziffernmaterial von 13 und was das aktuelle ist, anders ist.“

GRM. Mair: „Jawohl, beschließe ich ein Ziffernmaterial, was“

Bgm. Gigleitner: „Der Gemeindeprüfer wünscht das, aber du musst es nicht. Es steht dir als Demokrat frei, ob du mitstimmst oder ob du nicht mitstimmst, ja? Zwingen tut dich keiner.“

GRM. Mair: „Ja, ich werde mich der Stimme enthalten, weil dies eine unsachgemäße Aufbereitung ist.“

Bgm. Gigleitner: „Du musst es nicht begründen warum. Weitere Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Sehe, das ist nicht der Fall.“

Antrag lautet:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2013 des Vereins zur Förderung der Infrastruktur der Gemeinde Pollham & Co KG VFPI genehmigen.

Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung der GIG-Fraktion (Bgm. Gigleitner, Vbgmⁱⁿ Greinecker, GRM. Aschauer, GRM. Grottenthaler, EGRM. Zehetner, EGRM. Pittrich), GRM. Ing. Billmayer (SPÖ), EGRM. Strasser (FPÖ), GRM. Mag. Hofinger (ÖVP), EGRM. Mader (ÖVP) und EGRM. Kapsammer (ÖVP) genehmigt.

GRM. Mair (ÖVP) und EGRM. Humer (ÖVP) enthielten sich der Stimme.

Bgm. Gigleitner: „Nächster Punkt, das ist Punkt 2.“

Zu Punkt 2) der TO. – Ansuchen um Kommunalsteuerbefreiung für Lehrlinge:

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Von der Tischlerei Kapsammer wurde am 22. April dieses Jahres ein schriftliches Ansuchen beim Gemeindeamt Pollham eingereicht und ersucht, dass die Kommunalsteuerbefreiung für Lehrlinge vom Gemeinderat beschlossen werden sollte. Weiters wurde ein Ansuchen von der Tischlerei Kitzberger ebenfalls in dieser Angelegenheit schriftlich eingebracht. Die Rückvergütung für das Jahr 2013 betreffend Kommunalsteuerbefreiung für Lehrlinge beträgt für beide Tischlereien 1.073,18. Anmerkung bei Abgangsgemeinden dürfte eine Kommunalsteuerbefreiung für Lehrlinge nicht gewährt werden, es sei denn, dass man unter dem 15-Euro-Erlass heranziehen. Ist bei uns jetzt nicht der Fall. Ich verlese jetzt noch die Ansuchen von Kapsammer und Kitzberger. Kapsammer. Sehr geehrter Bürgermeister. Lieber Hans. Sehr geehrte Gemeinderäte der Gemeinde Pollham. In Pollham bilden zwei Lehrbetriebe schon seit Jahrzehnten sehr erfolgreich junge Leute aus. Es ist wichtig junge Personen Projektiven und eine gute Berufsausbildung zu geben. Ich ersuche in der nächsten Gemeinderatssitzung die Refundierung der Kommunalsteuer zu beschließen. Dass die abgeführte Kommunalsteuer an die Gemeindekasse beträgt an den zwei Ausbildungsbetrieben zirka das 20-fache. Wie wir es gehört haben Kitzberger 604,08 und Kapsammer 469,10 für 2013, in der Gesamtsumme 1.073,18. Kitzberger schreibt einen Zweizeiler. In der Anlage übermittle ich dir die Aufstellung für das Jahr 2013 bezahlte Kommunalsteuer für unsere Lehrlinge und ersuche höflich ebenfalls um Bezahlung dieses Betrages. Haben wir dazu Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Fraktionsobmann Mair, bitte.“

GRM. Mair: „Es ist eine sinnvolle Maßnahme. Arbeitsplatzsicherung und Lehrlingsausbildung für unsere jungen Leute und ich werde dem natürlich auch zustimmen.“

Bgm. Gigleitner: „Gut, weitere Wortmeldungen in dieser Angelegenheit?“

Bgm. Gigleitner: „Sehe, das ist nicht der Fall. Stelle den

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass eine Kommunalsteuerbefreiung für Lehrlinge mit einer Gesamthöhe von 1.073,18 befristet für das Kalenderjahr 2014 gewährt werden soll.

Und lasse zugleich über meinen gestellten Antrag abstimmen. Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag von Bgm. Gigleitner wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 3) der TO. – Änderung des Dienstpostenplanes der Gemeinde Pollham:

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Giglleitner: „Zuletzt wurde der Dienstpostenplan am 5.9.2013 vom Gemeinderat beschlossen. Es betrifft diesmal die Vertragsbedienstete Annemarie Weinzierl, weiters die neue Kindergartenhelferin, die mit September oder Oktober dieses Jahres ausgeschrieben werden soll und die Vertragsbedienstete Manuela Bogner, die von 16,83 wieder auf 20 Stunden erhöht werden soll. Begründet damit, die Annemarie Weinzierl, die arbeitet in der Integrationsgruppe, das sind derzeit zwei Kinder und daher ist ein Stundenausmaß, das ist 0,61, entspricht 24,25 Stunden erforderlich. Als Begründung zum Zweiten. Die neue Helferin soll mit 20 Stunden beschäftigt werden, das ist 0,5 in der Verwendung und die Manuela Bogner, das habe ich bereits erwähnt, geht wieder auf 20 Wochenstunden zurück. Es ist von der Kindergartenleiterin ein Ansuchen an das Amt der oberösterreichischen Landesregierung ergangen, an die zuständige Abteilung Direktion Bildung und Gesellschaft, wobei angesucht worden ist und als Mitteilung zurückgekommen ist, empfohlen wird Personal Kind Schlüssel 1 : 1 10 beziehungsweise bis maximal 1 : 1 12 während der gesamten Öffnungszeit der Gruppen. Das heißt im Klartext, wir haben mehr als 11 Kinder und daher ist eine Kindergartenpersonal, ein Mindestpersonaleinsatz für diese Gruppe erforderlich. Gut, sind dazu weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt?“

Bgm. Giglleitner: „Mair, bitte.“

GRM. Mair: „Könntest du mir von der Annemarie Weinzierl wieviele Stunden.“

Bgm. Giglleitner: „0,61 entspricht 24,25 Stunden.“

GRM. Mair: „Und was war es zuerst?“

Bgm. Giglleitner: „Von zuerst, das kann ich dir jetzt nicht sagen. Es schwankt immer sehr geringfügig nach auf und nach unten. Also man muss jedes Jahr dies neu mit der Kindergartenleiterin durchbesprechen.“

GRM. Mair: „Kommt darauf an, wieviele Kinder sind.“

Bgm. Giglleitner: „Genau, jetzt sind es derzeit die zwei Kinder, soweit ich informiert worden bin.“

GRM. Mair: „Und nächstes Jahr nur mehr eins.“

Bgm. Giglleitner: „Nein, zwei. Der wird ja jetzt für die Zukunft beschlossen, der Dienstpostenplan.“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Raffael.“

Bgm. Giglleitner: „Das wissen wir, das habe ich da, kein Problem. Waselmayr und Köllerer.“

GRM. Mair: „Okay.“

Bgm. Giglleitner: „Weitere.“

GRM. Mair: „Geht sich das jetzt, das muss jetzt ausgeschrieben werden, die neue Kraft mit 20 Stunden.“

Bgm. Gigleitner: „Erst dann, wenn der Dienstpostenplan genehmigt von der Aufsichtsbehörde zurück kommt.“

GRM. Mair: „Das heißt, es geht sich dann leider bis.“

Bgm. Gigleitner: „Gut, weitere Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Sehe, das ist nicht der Fall.“

Antrag:

Der Gemeinderat möge den vorliegenden Dienstpostenplan beschließen. Dieser ist der IKD zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorzulegen. Nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde ist der Dienstpostenplan durch zwei Wochen hindurch öffentlich kundzumachen und dieser ebenfalls wieder der IKD zu retournieren. Ich verlese jetzt nicht den ganzen Dienstpostenplan. Den übernehmen wir so, wie er jetzt da ist. Außer es wird gewünscht, dann kann ich ihn verlesen auch. Aber er beinhaltet eigentlich das, was herinnen steht.

****Nachträgliche Einfügung aufgrund der Wortmeldung von Bgm. Gigleitner unter Tagesordnungspunkt „Allfälliges“:***

Bgm. Gigleitner: „Also der neue Dienstpostenplan soll aufgrund der aufgezeigten Änderungen wie folgt lauten:

Allgemeine Verwaltung.

Meine Person 1 B GD12.1 B II-VII

1 VB GD17,5 I c und 0,8 GD20,3, I/d

Kindergarten

1,89 VB IL I 2b1 Kindergartenpädagogin (***korrigiert auf 1,69***)

0,57 VB IL 2b1 pädagogische Stützkraft in Gruppe für die Dauer der Früherziehung

0,75 VB I/d (***korrigiert auf 0,76***) dann die

0,61 VB IL/2b1 (***korrigiert auf 0,60***) Stützkraft für die Dauer der Verwendung der Stützkraft, die Annemarie Weinzierl

0,5 VB GD25 Kindergartenhelferin für die Dauer der Verwendung der Helferin neuer Dienstpostenplan

Handwerklicher Dienst

1 VB GD23.1 II p3 1 OPE derzeit unbesetzt

0,25 VB GD23.1 Kindergartenbegleitperson und Köchin

1 VB GD25.1 II/p5 Manuela Bogner wieder auf 20 Wochenstunden erhöht und

0,5 VB GD25.1

Bgm. Gigleitner: „Ich glaube ich habe mich in der Ziffer nicht verlesen, sonst korrigiere das bitte.“

Gut, wer damit einverstanden ist, über den gestellten Antrag, ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag von Bgm. Gigleitner wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 4) der TO. – Erlassung einer Verordnung gem. § 11 Abs. 1 Oö. Straßengesetz – Strasser Laurenz;

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Die Veräußerung des Grundstückes Nr. 892/5, KG Pollham, mit einem Flächenausmaß von 267 m² wurde vom Gemeinderat am 20.3.2014 an Laurenz Strasser beschlossen. Die Aufpass, Auflassung des öffentlichen Gutes 892/5 wurde öffentlich kundgemacht. Weiters ist nach Ablauf der Kundmachungsfrist eine Verordnung über die Auflassung dieses öffentlichen Gutes vom Gemeinderat zu beschließen. Diese ge, diese gegenständliche Verordnung ist dem Gemeinderat vollinhaltlich zur Verlesung zu bringen. Das werde ich im Anschluss machen und diese Verordnung ist ebenfalls dann zur Verordnungsprüfung vorzulegen und dann wieder zwei Wochen kundzumachen und ebenfalls der gesamte Akt zur Aufsichtsbehörde ebenfalls zur Verordnungsprüfung nochmals vorzulegen. Die Verordnung lautet. Der Gemeinderat der Gemeinde Pollham hat in seiner Sitzung des heutigen Tages 17. Juli gemäß § 11 Absatz 3 oberösterreichisches Straßengesetz 1991 in der geltenden Fassung in Verbindung mit § 40 Absatz 2 Ziffer 4 und 43 der oö. Gemeindeordnung 1990 beschlossen. § 1. Dieser Verordnung liegt der Vermessungsplan des Landes Oberösterreichs vom 6.12.2013 im Maßstab 1:500 zugrunde. Der Plan liegt beim Gemeindeamt während der Amtsstunden auf und kann von jedermann eingesehen werden. Weiters ist der Plan vor Erlassung dieser Verordnung durch zwei Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen. § 2. Der im Plan 1 grün markierte Straßenstückes Nr. 892/5, KG Pollham, wird als öffentliche Straße aufgelassen, weil dieser Straßenteil wegen mangelnder Verkehrsbedeutung für den Gemeingebrauch entbehrlich geworden ist. § 3. Diese Verordnung wird gemäß § 94 Absatz 1 der oö. Gemeindeordnung 1990 in der geltenden Fassung durch zwei Wochen hindurch kundgemacht und wird mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag rechtswirksam. Sind dazu Wortmeldungen?“

Bgm. Gigleitner: „Sehe, das ist nicht der Fall.“

GRM. Mag. Hofinger: „Kurze Frage.“

Bgm. Gigleitner: „Entschuldigung.“

GRM. Mag. Hofinger: „Die grundbücherliche Durchführung, wird dies.“

Bgm. Gigleitner: „Das ist dann so, der Kaufvertrag ist dann noch zu machen, da kann sich natürlich dann der in dem Fall der Aichinger einen aussuchen, weil er ja der Zahler ist und das erfolgt auch dann, dass dies grundbücherlich, also kundgemacht wird und auch durchgeführt wird die grundbücherliche Durchführung, ja und die Vermessungskosten zahlt auch er, das haben wir letztes Mal beschlossen.“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Strasser.“

Bgm. Gigleitner: „Der Gemeinde entstehen keine Kosten.“

GRM. Mag. Hofinger: „Okay, passt schon.“

Bgm. Gigleitner: „Gut,

Antrag lautet:

Der Gemeinderat möge die vorliegende verlesene Verordnung über die Auflassung des öffentlichen Gutes 892/5, KG Pollham, beschließen. Sämtliche Kosten, jetzt kommt es, Kaufvertrag, Vermessungskosten et cetera sind vom Antragsteller zu bezahlen.

Wer damit einverstanden ist, ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 8) der TO. – Flächenwidmungsplanänderung Nr. 4.3; A1 Telekom Austria AG, Lassalleestraße 9, A-1020 Wien;

Beratung und Beschlussfassung

Bgm. Gigleitner: „Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 21.11.2013 das Einleitungsverfahren über die Umwidmung der Teilfläche aus 759/2, KG Forsthof, von derzeit landwirtschaftlich genutzter Fläche Waldgrundstück auf Funkanlage beschlossen. Die Abteilung Raumordnung, örtliche Raumordnung, von der Direktion des Landes für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung des Amtes der oö. Landesregierung, Rog309673/3/2014 Rog/Ng vom 1.4.2014 hat eine Stellungnahme gemäß § 33 Absatz 2 beziehungsweise § 36 Absatz 4 oö. ROG 1994 abgegeben und keine Einwände erhoben. Bezüglich der für die Errichtung noch erforderlichen Rodungsbewilligung wird auf die beiliegende Stellungnahme der Bezirksforstinspektion der BH Grieskirchen verwiesen. Die Abteilung Direktion für Landesplanung, wirtschaftlich und ländliche Entwicklung vom Amt der oö. Landesregierung, Forst308/2014 vom 28. März 2014 hat aus forstfachlicher Sicht dieser Planung zugestimmt. Die Abteilung Umwelt, Bau- und Anlagentechnik, der Regionalbeauftragte für Naturschutz und Landschaftsschutz, Wg7080/2014 Hi-Sdi vom 6.3.2014 hat gegen die Errichtung einer Antennenanlage beim Standort für die Funkanlage keinen Einwand erhoben. Bezüglich der Auflage aus öffentlicher Einsichtnahme wurde gemäß § 33 Absatz 3 oö. ROG 1994 in der geltenden Fassung in der Zeit von 29.4.2014 bis 28.5.2014 die gegenständliche Umwidmung öffentlich kundgemacht und in der Gemeindezeitung ebenfalls. Es wurden während der Auflagefrist keine Einwände beim Gemeindeamt eingebracht. Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.“

Bgm. Gigleitner: „Sehe, das ist nicht der Fall.

Antrag lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 4.3 der Fläche 759/2, KG Forsthof, von derzeit landwirtschaftlich genutzter Fläche Waldgrundstück auf Funkanlage umgewidmet werden soll.

Wer damit einverstanden ist, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.“

B e s c h l u s s :

Der Antrag des Bürgermeisters wurde vom Gemeinderat durch Handerhebung einstimmig genehmigt.“

Zu Punkt 9) der TO. – Allfälliges

Bgm. Gigleitner: Wer ist der erste von den Gemeinderäten, der eine Wortmeldung vorzubringen hat. Wenn ich so reinschaue, muss ich sagen, es ist nicht der Fall. Doch, Mair hat die erste Wortmeldung.“

GRM. Mair: „Zum einen eine Feststellung von mir zum Protokoll der letzten Sitzung. Ich werde das Protokoll der letzten Sitzung nicht unterschreiben, weil unter Tagesordnungspunkt 21 ein Beschluss von dir aufgehoben wurde, beim dem du selber betroffen bist und du deine Befangenheit nicht wahrgenommen hast. Infolge dessen finde ich das Protokoll nicht rechtmäßig.“

Bgm. Gigleitner: „Was ist das für ein Punkt?“

GRM. Mair: „Das ist die Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses, wo es um die Protokollführung geht und einen Einspruch zum Protokoll.“

Bgm. Gigleitner: „Protokollführung in der Sitzung, wo es aufgehoben im Nachhinein, den hat die Vizebürgermeisterin geleitet und nicht meine Person.“

GRM. Mair: „Und du hast ihn aufheben lassen.“

Bgm. Gigleitner: „Ja, ich kann ihn aufheben lassen, wenn die Vizebürgermeisterin ihn geleitet hat.“

GRM. Mair: „Ja und inhaltlich geht's aber um deine Person. Infolge dessen bist du befangen. Diese Befangenheit hast du nicht wahrgenommen.“

Bgm. Gigleitner: „Dann unterschreibst du die Verhandlungsschrift nicht.“

GRM. Mair: „Ja.“

Bgm. Gigleitner: „Ich könnte genauso gegenteilig heute feststellen, dass sich der Kapsammer zum Beispiel auch nicht als befangen gefühlt hat, wo es um die Kommunalsteuerbefreiung gegangen ist.“

GRM. Mair: „Das darfst du tun.“

Bgm. Gigleitner: „Ich will es nur erwähnen. Wenn du es so genau auf die Waagschale legst, dann würde ich das auch erwähnen. Weitere Wortmeldungen.“

GRM. Mair: „Ja, ich habe noch mehr.“

Bgm. Gigleitner: „Bitte, du darfst.“

GRM. Mair: „Kindergarten Pollham. Da haben wir eine Baustelle, das wissen wir alle, weil es einen Wasserschaden gegeben hat. Hast du die Baustelle einmal kürzlich angeschaut oder so?“

Bgm. Gigleitner: „Habe ich mir einmal angeschaut und es wird am kommenden Dienstag, glaube ich ist das, also folgende nächste Woche wird's im Beisein von den Beteiligten einen Lokalaugenschein und dann wird eingehendst über die, also über das diskutiert, wie es dann weiter geht.“

GRM. Mair: „Ich habe nur gesehen, dass der Estrich gemacht worden ist.“

Bgm. Gigleitner: „Estrich, Tür und so weiter, das ist alles nicht in Ordnung, so wie es sein soll.“

GRM. Mair: „Genau, der Estrich schaut aus, da machen andere Firmen einen schöneren Grundbeton als was es der Estrich ist. Und dann ist da nichts abgeklebt worden, die Heizkörper, alles ist voller Mörtel und Beton und die Tür ist hin. Das gehört natürlich unbedingt reklamiert.“

Bgm. Gigleitner: „Ich habe die Antwort vorher bereits gegeben.“

GRM. Mair: „Das heißt, bezüglich dieser Sachen gibt's eine Besprechung?“

Bgm. Gigleitner: „Genauso ist es und da sind alle dabei, die dazu gehören und die werden dies dann besprechen, wie dies dann weiter gemacht wird.“

GRM. Mair: „Dann hätte ich noch gern die Graderungsarbeiten 2014 besprochen.“

Bgm. Gigleitner: „Ja.“

GRM. Mair: „Die haben im Prinzip auch nicht hingehaut und.“

Bgm. Gigleitner: „Und warum haben sie nicht hingehaut?“

GRM. Mair: „Weil, ich glaube der Messerer Christian, der war auf der Gemeinde und hat gesagt, dass das nicht funktioniert und das nicht sein kann.“

Bgm. Gigleitner: „Das hat er mir zum Beispiel, glaube ich, nicht gesagt, ja.“

GRM. Mair: „Das ist schlecht, weil da ist gepfuscht worden, Ende nie. Die haben im Prinzip überall den Schotter irgendwo beiseite geräumt. Dort wo Schotterstraßen sind, dort kann man im Prinzip nicht mehr mähen. Ich habe es selbst aufgegeben dann.“

Vbgrmⁱⁿ Greinecker: „Darf ich da kurz was sagen. Das kann sein in der Zeit, wo du eben auf, also wir haben.“

Bgm. Gigleitner: „Auf Reha oder so nicht da war.“

Vbgrmⁱⁿ Greinecker: „Das weiß ich jetzt nicht, aber auf jeden Fall.“

Bgm. Gigleitner: „Ich weiß nichts davon.“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Der Christian hat mit mir das Thema eigentlich auch besprochen. Wahrscheinlich aus dem Grund, weil du nicht da warst und ich habe dasselbe gehört, wie du, dass das nicht in Ordnung ist und dass der Billigstbieter nicht immer der Bestbieter ist und dass man jetzt wieder ein großes Augenmerk darauf legen sollen, dass man da eine Firma beauftragt, die das auch ordentlich und ordnungsgemäß macht. Er hat sich da sehr geärgert mit denen.“

GRM. Mair: „Zum einen, glaube ich, gehört in der Form diese Rechnung gar nicht beglichen, wie das abgeschlossen worden ist oder vergeben worden ist, weil dies gar nicht möglich sein kann, wenn so gearbeitet wird. Dies ist wenn heute bei irgendeinem privaten Hausbauer einer pfuscht, dann wird dies entweder bei der Rechnung abgezogen oder die müssen es sachgemäß herrichten und ich glaube du musst ein Gespräch führen, dass dies sachgemäß wieder in Ordnung gebracht wird.“

Bgm. Gigleitner: „Ja, wie ich sage, das ist nicht unter meiner Zeit gewesen. Wäre dies so gewesen, dann hätte ich das sicher noch nicht bezahlt, ja.“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Zu mir hat Christian gesagt, wir sollen uns da etwas überlegen, dass wir nächstes Mal da ein Augenmerk darauf legen, dass wir sagen wenn's wieder der Firma oder dass wir es eher nicht der Firma wieder vergeben sollte oder zumindest will er vorher sehen, mit welchen Leuten er da unterwegs ist, ob sich die auch auskennen, weil das kann, das hat er mir gesagt. Wenn einer, dass jetzt dies eine Rechnungsminderung, von dem haben wir nicht geredet, natürlich. Hat er mit dir etwas geredet Roland? Hast du da was.“

Bgm. Gigleitner: „Überhaupt nichts erwähnt, also Stichwort.“

Schriftführer Pimingstorfer: „Dass es nicht funktioniert hat, das hat er mir auch gesagt.“

GRM. Mair: „Ich meine, entschuldige, der Messerer Christian kann nicht sagen, ihr dürft der Firma nicht alles zahlen. Der kann nur auf der Gemeinde deponieren, dass es nicht funktioniert hat. Und dann muss der zuständige auf der Gemeinde einmal handeln und dies wieder in Lot bringen. Das ist klar, nicht. Dies bist in dem Fall du Liesi oder der Hans.“

Bgm. Gigleitner: „Wir haben ja das zweite nicht erwartet, dass dies vom Messerer getan wird, wie du gesagt hast, ja.“

GRM. Mair: „Okay, ja. Dies sind die Graderungsarbeiten, wo es ein wenig schade ist, weil es schon bezahlt ist. Und was du noch schuldig bist, bezüglich Rechtsauskunft Volksbank Kreditgeschichte. Hast du zum einen versprochen, dass du mir Unterlagen schickst, die habe ich nie gekriegt und das zweite wäre meine wirkliche Frage, hast jetzt eine Rechtsauskunft eingeholt und wie schaut die aus?“

Bgm. Gigleitner: „Ich habe eine Rechtsauskunft eingeholt, die kann ich dir vorlesen. Also ich habe das geschildert und dann hat mir der Gemeindegeld zurück geschrieben, das sind vier Zeilen. Wie besprochen wurden die betroffenen Darlehen umgeschuldet, das wissen wir, sodass diese Angelegenheit damit endgültig erledigt ist. Die Erfolgsgeschichte für die Gemeinde die Zinsdifferenz aufgrund der Erhöhung von der Volksbank zu erwarten sind meiner Einschätzung nach extrem gering.“

GRM. Mag. Hofinger: „Die Erfolgsaussichten wahrscheinlich meinen sie, oder?“

Bgm. Gigleitner: „Genauso ist es.“

Bgm. Gigleitner: „Gut, weitere Wortmeldungen. Sehe das ist nicht der Fall. Dann möchte ich trotzdem noch zum Tagesordnungspunkt 7 den Dienstpostenplan, Roland, dies nur erwähnen, weil wir es der aufsichtsbehördlichen Genehmigung schicken und dass, weil wir ein Wortprotokoll machen, dass wir es dann gelesen haben. Ich lese es nur vor.“

***Verlesung eingefügt im gegenständlichen Tagesordnungspunkt.**

Schriffthführer Pimingstorfer: „Das heißt, das was du jetzt verlesen hast, soll ich im Tagesordnungspunkt 7 einfügen?“

Bgm. Gigleitner: „Ja, ich habe da nur gesagt, dass einer vorliegt, aber nachdem wir, dass ein Wortprotokoll führen, möchte ich das vollinhaltlich so verlesen, genau wie die Darlehensverträge und dass wir es zu Punkt 7 dazugeben.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ich habe zu Allfälliges noch eine Frage.“

Bgm. Gigleitner: „Bitte.“

GRM. Mag. Hofinger: „Sachen, die eigentlich in der letzten Sitzung alle vorgekommen sind. Baubeginn Wohnblock, wann wird der Handymasten gebaut und wie schaut es mit dem Hochwasserschutz aus.“

Bgm. Gigleitner: „Hochwasserschutz gibt's noch ein Gespräch mit zwei Grundeigentümern, Überseder und meine Person. Handymasten wird's.“

GRM. Mag. Hofinger: „Zwischenfrage. Zu welchem Projekt?“

Bgm. Gigleitner: „Hmm?“

GRM. Mag. Hofinger: „Zu welchem Projekt? Geht's da noch immer um.“

Bgm. Gigleitner: „Große Lösung.“

GRM. Mag. Hofinger: „um die ja, ja.“

Bgm. Gigleitner: „Große Lösung.“

GRM. Mag. Hofinger: „Um den großen Abflussgraben da hinunter? Mit einem künstlichen Bachlauf.“

Bgm. Gigleitner: „Große Lösung gibt's für mich jetzt nur ein Betreffen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Nein, dies große Lösung ist, große Lösung heißt, dass der Hochwasserschutz von dem ganzen Hang abgeleitet wird, aber wie unten im Südbereich dies abgeleitet wird, gibt's mehrere Varianten. Darum frage ich, geht's da um die große Bachlösung.“

Bgm. Gigleitner: „Jetzt geht's einmal um die Unterlieger.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ist das ein kleiner Graben oder ist es ein großer Bach. Wir wissen, es kostet ja 400 bis 500.000 Euro.“

Bgm. Gigleitner: „Es ist eher ein Bach vorgesehen, ja.“

GRM. Mag. Hofinger: „Die große Lösung?“

Bgm. Gigleitner: „Genau.“

GRM. Mag. Hofinger: „Und mit welchen Grundeigentümern wird da noch immer verhandelt? Weil wir haben letztes Mal gesagt im März 2013, dass dies schon fertig sein soll.“

Bgm. Gigleitner: „Es ist auch verhandelt worden, im Beisein von Graspon und dann ist keine einhellige Einigung erzielt worden. Deswegen ist noch eine Nachverhandlung erforderlich und da habe ich von Dr. Überseder Terminvorschläge bekommen und die werden an die Grundeigentümer weitergeleitet.“

GRM. Mag. Hofinger: „Mit allen Grundeigentümern?“

Bgm. Gigleitner: „Nein, nur mit zwei Grundeigentümern.“

GRM. Mag Hofinger: „Zwei, okay.“

Bgm. Gigleitner: „Was war dann die nächste Frage, hast du gesagt. Ja, Wohnblock wird gebaut 2014. Habe ich etwas übersehen zum, überhört zum Antworten oder ist alles klar?“

GRM. Ing. Billmayer: „ Hast 2014.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ja, wann 2014? Gibt's da eine Baubewilligung? Wann.“

Bgm. Gigleitner: „Baubewilligung haben wir noch nicht, aber es ist bereits angesucht worden. Es ist von Hainbuchner die Förderzusage für 2014 gewährt worden und wenn ich die Förderzusage für das Kalenderjahr gewähre, dann ist auch in diesem Kalenderjahr zu bauen. Das ist eigentlich auch verständlich für mich, ja.“

Vbgmⁱⁿ Greinecker: „Handymasten war noch.“

Bgm. Gigleitner: „Handymasten, Entschuldigung. Da gibt's, jetzt ist Sommerpause, im September ein Gespräch, was der zweite Standpunkt des Handymastens betrifft und es können Vorschläge eingebracht werden. Es werden alle begutachtet und man wird dann versuchen, das ist auch mein Bestreben, dass wir eine Lösung finden, dass nicht unmittelbar vor Häusern ein Handymasten gebaut wird. Es soll im östlichen Teil sein, weil im nördlichen Teil, das geht ja dem Ende zu und bin zuversichtlich, dass wir eine Lösung finden und wenn dann beide genehmigt sind, dann wird auch dem Bau nichts mehr im Wege stehen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Okay, ich weiß nicht, ob die Gemeinderäte dies überhaupt wissen. Du sagst da so nebenbei zweiter Standort. Der Gemeinderat ist noch nie mit der Thematik befasst worden, dass wir einen zweiten Handymasten brauchen. Wir haben, wir tun seit zwei Jahren, reden wir, dass es den Standort gibt. Jetzt haben wir umgewidmet und auch mit ein bisschen Verspätung heute die zweite Sitzung, aber okay, es ist fertig, endlich ist das baureif und der soll gebaut werden und damit soll es einmal los gehen. Und wenn du sagst, es ist notwendig, dass ein zweiter Handymasten gebaut werden muss, dann gehört einmal eine ordentliche Information an die Gemeinderäte, weil die hat's bis dato nicht gegeben. Es gibt weder ein Protokoll, es gibt kein Schriftstück, es gibt null Information, weder von einem Handybetreiber noch von sonst wem an den Gemeinderat, dass das jetzt verbunden wird, dass es einen zweiten Standort geben muss. Ich glaube nämlich, dass das gar nicht stimmt.“

Bgm. Giglleitner: „Ich bin vom Leisch so in erster Linie einmal informiert worden, dass ein Standort genügen würde, wie wir das Änderungsdienstverfahren gemacht haben für Pollhamerwald.“

GRM. Mag. Hofinger: „Das war auch unsere Information und dies ist auch die Information des Gemeinderates.“

Bgm. Giglleitner: „Genau, das ist mein Stand. Mittlerweile ist mir dann gesagt worden, dass mit der Josefine Weiss ein Gespräch geführt worden ist. Liegt im östlichen Teil. Dass ein zweiter Handymasten erforderlich ist, sage ich, das kann ich mir nicht vorstellen, weil ich der Information, den Informationsfluss habe genauso wie du, dass mit einem Standort 95 %, sage ich jetzt bewusst nicht 100, weil das gibt es anscheinend nicht, laut die A1 Gesellschaft. Dass dies ausreichen ist. Mittlerweile bin ich des besseren belehrt worden und ich werde auch bei der nächsten Besprechung den Leisch nach Pollham bringen, weil er vor aller Öffentlichkeit sagen soll, dass er nicht sagen soll einer genügt und mittlerweile brauchen wir zwei, weil technisch sich irgendetwas geändert hat, ja.“

GRM. Mag. Hofinger: „Das heißt, gibt's Information dann an den Gemeinderat?“

Bgm. Giglleitner: „Genau, jetzt sind einmal die Gemeindebürger informiert worden, was jetzt die östliche Teil betrifft, ja. Mit den Zuständigen wird auch ein Gespräch geführt werden und dann wird selbstverständlich der Gemeinderat informiert werden, weil ja ohnehin der Gemeinderat nicht umgangen werden kann, wenn ein Einleitungsverfahren für einen zweiten Standort, der im Osten in Etwa errichtet werden soll, notwendig sein wird. Damit das gesamte, 95 %, fast das gesamte Gemeindegebiet damit erschlossen ist.“

GRM. Mag. Hofinger: „Wann wird die Erstinformation des Gemeinderates ungefähr sein?“

Bgm. Giglleitner: „Im September wird eine Besprechung sein und wenn ein Standort gefunden wird. Ich gehe aus, dass wir in dieser Besprechung einen Standort finden, dann wird in der nächst darauf folgenden Sitzung das Einleitungsverfahren auf der Tagesordnung stehen und somit ist der Gemeinderat informiert.“

Bgm. Giglleitner: „Billmayer.“

GRM. Ing. Billmayer: „Ja, was ich da jetzt noch nicht ganz klar ist. Weil du gesagt hast, es hat schon Gespräche mit, also es ist mit den Anrainern schon geredet worden und.“

Bgm. Giglleitner: „Ja, beim ersten und zweiten Handymasten.“

GRM. Ing. Billmayer: „Ja, ja. Den einen, den haben wir schon fünf Jahre lang auf der Muck'n, aber ja hat's da schon, hätt's da schon einen Standort gegeben oder was, weil du sagst, du hast mit den Nachbarn schon geredet oder oder sind Gespräche geführt worden, ich weiß es nicht mit wem oder sonst was?“

Bgm. Giglleitner: „Ich habe ja gesagt, dass Gespräche geführt worden sind, dass es einen Standort gegeben hat, das ist die Josefine Weiss als Grundbesitzerin und mit die umliegenden im Umkreis von 150 m, das ist mir vom Land so eingegeben worden, dass man die einmal einladet in dem Bereich. Mit denen ist ein Gespräch geführt worden, ja. Und es sind ja dann natürlich nicht alle Grundeigentümer zufriedenstellend, die weiter weg sind. Infolgedessen habe ich dann an die ein Schreiben gerichtet, ja, mit dem Aufruf, dass eine zweite Informations-, einen zweiten Informationsabend geben wird, wo dann über diese Thematik gesprochen wird, wobei aber nicht mehr nur dieser eine Standort zur Diskussion

steht, sondern mehrere Standorte zur Diskussion stehen und man wird mit der Bevölkerung eingeschlossen, ja, die betroffen ist, den besten Standort suchen, der sowohl technisch möglich ist und andererseits natürlich, ich übertreib's jetzt, nicht 10 Meter bei einem Haus steht.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ich hätte da eine konkrete Bitte oder einen konkreten Vorschlag. Kann man nicht die Standortmöglichkeiten mit den Technikern zunächst einmal im Gemeinderat besprechen, dass wir einmal einen gleichen Informationsstand haben. Es hat ja keinen Sinn, dass mit einzelnen Grundeigentümern was verhandelt wird. Wir werden dann gefragt als Gemeinderäte und ich habe zu den Leuten sagen müssen, ich weiß das gar nicht. Warum hält man nicht den Weg ein, wie wir es zuerst gehabt haben. Da gibt es einen Standort, dann haben wir gesagt, okay Voraussetzung ist, dass also die Nachbarschaft dort einverstanden ist und wir wissen, es hat eigentlich mindestens ein halbes Jahr gedauert, bis wir da die Zustimmung gehabt haben und dann sind wir erst den letzten Schritt gegangen und sind in der Form weitergegangen. Weil der Grundeigentümer Markus auch gesagt hat, Voraussetzung für ihn ist, dass also die Nachbarschaft dort und da waren wir wesentlich weiter wie 150 Meter, dass sie dort zufrieden ist.“

Bgm. Giglleitner: „Dort haben wir genauso gut.“

GRM. Mag. Hofinger: „Naja, da ist die ganze Ortschaft auch befragt worden, wissen ja alle Forsthofer. Aber ist klar.“

Bgm. Giglleitner: „Ich habe gesagt, da sind wir genau bei 150 Metern gewesen. Wenn du das Gegenteil behauptest, dann ist es halt so.“

GRM. Mag. Hofinger: „Mein Ersuchen ist ja nur, dass die Reihenfolge die ist, dass der Gemeinderat über alle möglichen Standorte, die also die Techniker herausuchen, informiert wird und wir besprechen dann das weitere Prozedere Schritt für Schritt. Dann kommt glaube ich, nicht so ein Wirbel heraus, wie er jetzt entstanden ist.“

Bgm. Giglleitner: „Nein, das ist nicht richtig, was du sagst, weil es ist im Pollhamerwald genauso vorgegangen worden, dass man gesagt hat, okay es gibt einen Standort.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ja, das haben wir da herinnen besprochen, im Gemeinderat.“

Bgm. Giglleitner: „Im Gemeinderat ist, der ist informiert worden, dass es einen Standort gibt, ja, aber es ist genauso gut und das ist mir wichtig, dass heute, wenn die Grundeigentümer wo dieser Standort errichtet wird, weil die müssen ja eigentlich mit dem Leben, die unmittelbar dort sind, dass die informiert worden sind. Die waren mit dem einverstanden und dass es dort eigentlich „leichter“ gegangen ist, hat man das Einleitungsverfahren logischerweise gleich im Gemeinderat einbringen können, weil es ein einhelliges, positives Ja gegeben hat, ja. Jetzt ist das nicht einhellig positiv Ja, infolgedessen wird's eine zweite Besprechung geben und wenn da dann eine einhellige Meinung herauskommt, dann wird's genauso wie letztes Mal im Pollhamerwald auch dem Gemeinderat vorgelegt werden, also dieser Standort, der in Frage kommt. Also ist es von der Prozedere meines Erachtens eigentlich nichts anders.“

GRM. Mair: „Ja, aber in Forsthof haben wir es zuerst schon gewusst und da haben wir gar nichts gewusst.“

Bgm. Giglleitner: „Da hat es nur einen gegeben. In Forsthof hat es ja nicht mehrere Möglichkeiten gegeben und mit dem sind alle einverstanden gewesen. Da gibt's halt mehrere, also

infolgedessen bin ich überzeugt, wenn die Bürger beieinander sind und das Mitspracherecht der Bürger ist mir etwas wert, ja, dass die mitbestimmen, die unmittelbar betroffen sind, ja, dass die sagen, okay wollen wir ihn oder wollen wir ihn nicht. Es sind dann die Experten dabei von A1 und da bin ich zuversichtlich, dass wir dort eine positive Lösung erzielen und erarbeiten, ja. Und dann gibt's ein Einleitungsverfahren, wenn dann der Standort Y in Ordnung geht von den betroffenen Gemeindebürgern und dann wird im Gemeinderat der Prozedere genauso durchgezogen, so wie's im Pollhamerwald durchgezogen worden ist. Das ist meine Antwort auf diese Frage.“

Bgm. Gigleitner: „Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist.“

EGRM. Mader: „Eine Frage noch. Gibt's das in Forstthof, dass dies schneller auch geht. Ich meine, wenn du jetzt sagst im September werden die nächsten Gespräche geführt, ich meine, es wartet im Endeffekt trotzdem ein jeder, dass der Empfang besser wird.“

Bgm. Gigleitner: „Es geht um das. Ich habe mit dem A1-Team ein Gespräch geführt und die sagen jetzt sind Sommerferien und sie halten's besser, weil viele Leute auf Urlaub sind und es könnte dann sein, dass womöglich gerade einer auf Urlaub ist, der auch betroffen ist und.“

EGRM. Mader: „Das muss man riskieren, dass mal wer auf Urlaub ist. Weißt du, es sind alle zwei Monate auf Urlaub.“

Bgm. Gigleitner: „Mir geht's um das, dass du mich erstens einmal ausreden lässt. Punkt 2 kannst du deine eigene Meinung haben im Gemeinderat. Ich habe auch meine eigene Meinung, ja. Aber du wirst meine Meinung nie umstimmen können, ja. Da kannst du noch so lange herinnen sitzen, wirst du es nicht erreichen. Meine Meinung ist das, wenn die A1 sagt, okay sie will das mehr im Herbst abwickeln, weil da nicht so viele Leute auf Urlaub sind oder eher die Urlaubszeit vorbei ist, statt Juli, August. Da nehme ich dies zur Kenntnis, ja und mache diese Abholgedanken im September-Monat, ja, im Herbst. Unabhängig davon, läuft dem Pollhamerwald nichts davon, weil ja dies heute wieder das zweite Mal beschlossen worden ist und seinen Lauf gibt und alles andere wird genauso seinen Lauf lassen. Mir geht's darum, dass eine zufriedenstellende Lösung seitens der Bevölkerung herauskommt, dass sie sagen kann, der Handymasten auf der Grundstück Blablabla kommt, dass diese betroffenen Bürger einverstanden sind. Dies ist mir wichtig, ja. Und da muss man eben dann öfter diskutieren, wenn's mit einer Diskussion nicht ganz leicht geht. Mit dem Reden kommen die Leute zusammen. Weitere Wortmeldungen?“

GRM. Mair: „Ich habe noch eine Frage zum Wohnblock beziehungsweise zur Heizung vom Wohnblock.“

Bgm. Gigleitner: „Ja.“

GRM. Mair: „Wie sollen jetzt diese Wohnblöcke und die Schule in Zukunft beheizt werden? Du hast ja einmal gesagt, da gibt's Gespräche mit der GWB, dass sie diese kommunale Heizung für Pollham betreiben.“

Bgm. Gigleitner: „Nein, wir führen Gespräche und da ist herausgekommen, dass für den Wohnblock was Heizung betrifft, selber Vorsorge getroffen wird, seitens von Oö. Wohnbau.“

GRM. Mair: „Ja, das heißt ja, sie sorgen jetzt nur für ihren eigenen Wohnblock, den sie jetzt haben und machen dort eine Heizung hinein, oder was?“

Bgm. Gigleitner: „Genauso ist es.“

GRM. Mag. Hofinger: „Entschuldigung, wir haben einen Gemeinderatsbeschluss gemacht, dass die von uns mit einer Biomasseheizung versorgt werden als Voraussetzung für die Landesförderung. Den Beschluss gibt's. Wir sind denen.“

Bgm. Gigleitner: „Nur kann man den nicht umsetzen, den Beschluss, weil einfach aus gegebenen Grund, das wissen wir, dies nicht möglich ist und ich will schon gar nicht deswegen jetzt den zweiten Wohnblock zeitlich aufhalten.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ich will nichts mehr sagen dazu, aber das ist schon wieder so eine Geschichte, warum erfahren wir das nicht? Da wird jetzt, da wird ein Beschluss gemacht und. Wir haben einen Beschluss gemacht vor zwei, drei Jahren. Biomasseheizung für die GWB, im Prinzip für beide Objekte als Voraussetzung für die Gewährung der Wohnbauförderung.“

Bgm. Gigleitner: „Genau, das weiß ich alles.“

GRM. Mag. Hofinger: „So, wenn das nicht kommt, muss der Beschluss abgeändert werden. Das kann dazu führen, dass die Wohnbauförderung zurückgezahlt werden muss. Das führt dazu dass, der Norbert lacht, glaubst du es nicht, dass die Kosten verteuert werden. Wir haben immer, wenn sich da was verändert, das Mindeste ist das, dass wir das erfahren da herinnen.“

Bgm. Gigleitner: „Ich glaube, du musst erst bei dir selber anfangen und zwar der Steiner Sepp hat einmal versucht, dass er dies ins Leben ruft, dass er eine Biomasseheizung zustande bringt. Dies ist in der Stunde Null gescheitert, ja und dann ist es von eurer Seite nicht mehr weiter verfolgt worden. Dann war ein Stillstand. Dann hat einmal der Fraktionsobmann Mair einmal auf die Schienen gehaut und versucht, dass er irgendetwas zustande bringt. Dies ist dann vom Tarif her, du hast dich da mit Walter Wittinghofer glaube ich auseinander gesetzt und so weiter. Da seid's tarifmäßig nicht zusammen gekommen und so weiter. Jetzt ist das auch wieder im Sande verlaufen, ja, und ist sehe absolut nicht ein, dass der zweite Wohnblock deswegen darunter leiden soll. Infolgedessen, wenn es keine andere Lösung gibt, gibt es nur die Lösung, dass sich die selber eine Heizung besorgen, was ja praktisch ja nicht in Pollham einzigartig ist, sondern des Öfteren schon der Fall war.“

GRM. Mag. Hofinger: „Du hast mich missverstanden. Es geht ja nicht darum, ob jetzt etwas anderes kommt oder es kann sein, dass wir etwas anderes machen müssen. Wenn's nicht geht, dann müssen wir etwas anderes machen.“

Bgm. Gigleitner: „Ja ihr könnt es ja einmal versuchen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Nein, aber mir geht es nur darum, dass wir über das informiert werden, weil ich gehe davon aus, dass sonst die Gemeinderatsbeschlüsse eingehalten werden. Das kann man nicht so nebenbei machen. Um das geht es mir.“

Bgm. Gigleitner: „Ihr seid informiert worden jetzt, ja. Außerdem geht er noch gar nicht los, der zweite Wohnblock, ja.“

GRM. Mag. Hofinger: „Es geht ja nicht um den zweiten Wohnblock, es geht um beide Objekte, um die Beheizung beider Objekte.“

Bgm. Gigleitner: „Weiß ich.“

GRM. Mag. Hofinger: „Und ich will nur sagen, wir haben da einen verbindlichen Beschluss und wenn sich an dem was ändert, dann ersuche ich, dass war das erfahren und dann werden wir das beraten und möglicherweise eine Änderung auch beschließen.“

Bgm. Giglleitner: „Genau. Der größte Fehler war das, dass du bereits eine Erklärung aufgesetzt hast, ja, und dass du voreilig gehandelt hast und ich habe das auch unterschrieben, was ich im Nachhinein bereue, das muss ich ganz ehrlich sagen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ach, jetzt bin ich schuld.“

Bgm. Giglleitner: „Weil wir da noch nicht, gar noch nicht dies gewusst haben, dass es hundertprozentig zu einer Biomasseheizung kommt, ja. Das wissen wir noch ganz genau.“

GRM. Mag. Hofinger: „Die Erklärung habe ich erstens einmal unentgeltlich aufgesetzt über dein Ersuchen, nein über Ersuchen der GWB, die haben gesagt, sie brauchen diesen Text für die Gewährung der Wohnbauförderung und die Wohnbauförderung ist auch gewährt worden. Möchte ich einmal festhalten.“

Bgm. Giglleitner: „Das weiß ich auch.“

GRM. Mag. Hofinger: „Und da zu sagen, ich habe schuld, dass da etwas nicht passt, da musst du dich ein bisschen zurück halten. Das ist ein kompletter Nonsens.“

Bgm. Giglleitner: „Erstens habe ich nicht gesagt, dass du schuld hast.“

GRM. Mag. Hofinger: „Sicher hast du das gesagt.“

Bgm. Giglleitner: „Und zweitens kannst du mit mir normal reden, ja. Ich verbiete mir deine, deine Gesprächs.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ist ja unglaublich.“

Bgm. Giglleitner: „Entweder wir reden normal mit Form dann ich höre gar nichts.“

GRM. Mag. Hofinger: „Ich unterstütze dich da, dass ich Vereinbarungen schreibe.“

Bgm. Giglleitner: „Ist ja furchtbar, was zu geleistet hast.“

GRM. Mag. Hofinger: „Nein und dann habe ich schuld, dass irgendetwas nicht passt. Die Vereinbarung ist ja vollkommen in Ordnung.“

Bgm. Giglleitner: „Das ist ja eine furchtbare Sache, dass du Recht und Bald einmal zusammen gestellt hast für Pollham. Es ist ja doch ein Wahnsinn, was du geleistet hast. Muss ich jetzt in den Medien hineintun, was da der Hofinger gar geleistet hat für Pollham. Das ist ja ein Wahnsinn, wie du dich herautust, was du nicht gar gemacht hast. Haben wir weitere Wortmeldungen.“

GRM. Mair: „Ich möchte schon noch etwas sagen.“

GRM. Mag. Hofinger: „Völlig undiskutabel.“

GRM. Mair: „Die Gemeinde hat im Prinzip die Leitung, Finanzierung gemacht zu den Wohnblöcken und die ist dann hinfällig. Ich würde nicht so schnell aufgeben da und da

müssen wir eine Zwischenlösung finden. Das macht ja doch keinen Sinn, dass jetzt die GWB dann ihre eigene Heizung macht. Dann ist das Projekt ja sowieso gestorben.“

Bgm. Giglleitner: „Du bist am richtigen Dampfer. Du hast einmal versucht, dass du etwas zustande bringst, wo auch das Land Oberösterreich zustimmt und dann dürfte es nicht scheitern. Also du hast es versucht und jetzt habe ich gesagt, es ist ja etwas gemacht worden, ja.“

GRM. Mair: „Jetzt ist dies soweit fortgeschritten und jetzt sagst uns du, der letzte Stand ist ja der, dass du gesagt hast, mit der GWB verhandelst du. Und die machen jetzt diese Biomasseheizung.“

Bgm. Giglleitner: „Sie machen etwas eigenes, wenn eine andere Möglichkeit nicht besteht. Wenn wir eine andere Möglichkeit zusammenbringen, wird selbstverständlich diese Möglichkeit ins Auge gefasst, ja. Aber ich kann nicht jetzt sagen, wenn wir dies zusammenbringen, angenommen, dann soll jetzt nicht die leiden dahinter, dass jetzt der Wohnbau deswegen zeitlich verzögert wird. Da ist es sicher gut, wenn.“

GRM. Mair: „Und ich denke mir, dann muss ich eine Zwischenlösung finden, dass.“

Bgm. Giglleitner: „Streng dich an, du bist.“

GRM. Mair: „Wir müssen schauen, dass man später eine weitere Möglichkeit hat und dies nicht aufgibt. Wenn die einmal für ihre zwei Wohnblöcke eine Heizung haben, dann ist der Zug für Pollham für eine Biomasseheizung sowieso abgefahren.“

Bgm. Giglleitner: „Du hast einen Verein und mit dem kannst du schauen, dass du etwas zusammenbringst.“

GRM. Mair: „Machen muss es die Gemeinde. Ich bin nicht die Gemeinde, entschuldige Hans.“

Bgm. Giglleitner: „Nein, du bist ein Bestandteil, du bist Gemeinderat, Fraktionsobmann und ÖVP-Obmann, also kann man nicht sagen, dass du nicht die Gemeinde bist. Ich glaube die Gemeinde sind die gesamten Gemeindebürger, alle sind die Gemeinde, ja. Es ist die Gemeinde Pollham, ja, da bist du genauso dabei. Du bist ein Gemeinderat und als Gemeinderat steht es dir genauso zu, wie allen anderen, dass du genauso mitwirkst an der Vollziehung, also du bist Fraktionsobmann der ÖVP, also ist es sicher eine gute Sache, wenn du sicher schaust, dass auch etwas weitergeht.“

GRM. Mair: „Das ist der Grund, warum ich mich so vehement einsetze und ich ersuche dich, dass, nachdem, das ist das Problem bei uns, du verhandelst mit den Leuten, wir wissen nichts davon und dann kommt wieder irgendetwas heraus. Da wird's gescheit sein, wen beauftragen, der mit der GWB oder sonst wem verhandelt, der das aushandeln kann, dass die jetzt nicht ihre eigene Heizung machen.“

Bgm. Giglleitner: „Du redest genauso, ich sage jetzt mit deinem Mann bei der Landesregierung, ohne dass ich etwas weiß. Ist auch dein völliges Recht, warum sollst du es nicht tun. Also, stelle ja dies nicht in den Raum jetzt so quasi, ich verhandle und du weißt nichts davon, das lasse ich nicht so im Raum stehen. Aber okay, das ist deine Meinung, dies passt so, ja, ich zur Kenntnis nehme. Ich ersuche dich nur, dass du dich auch anstrengst, dass du etwas zustande bringst, was dies, was die Fernwärme betrifft.“

GRM. Mair: „Okay, soll ich jetzt mit der GWB ein Gespräch führen bezüglich der Heizung?“

Bgm. Giglleitner: „Du kannst ein Gespräch führen. Du kannst auch jetzt wieder, es geht einmal glaube ich um den Tarif. Es ist ja am Tarif ja gescheitert, wenn du ehrlich bist, ja. Sonst wäre möglicherweise schon etwas zustande gekommen, dass dies auch aufsichtsbehördlich genehmigt werden muss, wenn wir ihn vom Gemeinderat beschließen. Das wissen wir beide, oder?“

GRM. Mair: „Ja, ganz klar.“

Bgm. Giglleitner: „Eben, dann müssen wir etwas zusammen bringen. Dann hat das Gespräch einen Sinn, ja, und das ist von deiner Seite „mehr oder weniger eingeschlafen“, ja. Mehr kann ich nicht sagen.“

GRM. Mair: „Das ist ein völliger Blödsinn. Ich habe dir alle Informationen geschickt und dies ist wirklich sauber abgearbeitet worden, also dass da etwas eingeschlafen ist, das lasse ich mir nicht unterstellen, Hans.“

Bgm. Giglleitner: „Wenn's sauber abgearbeitet worden ist, dann passt's. Gut, weitere Wortmeldungen?“

Bgm. Giglleitner: „Kapsammer Rudolf.“

EGRM. Kapsammer: „Ich hätte nur noch drei Feststellungen gerne machen wollen von so einer Gemeinderatssitzung. Nach viereinhalb Jahren Abstinenz. Ich glaube, ich habe nicht recht viel versäumt, wenn ich mir das so anschau da herinnen oder doch. Zweitens möchte ich der Gemeinde gratulieren, dass sie eigentlich im Geld schwimmt, weil wenn ich die Beschlüsse anschau 40, 50.000 über das beschließen, was man eigentlich nicht müsste, gratuliere. Und es trifft gut zu, ich bin heute angelobt worden. Ich glaube, dass die Gemeinderäte alle die Gelöbnisformel gehört haben und sich auch danach ein wenig richteten.“

Bgm. Giglleitner: „Ich danke für deinen Aufruf, Rudolf. Weitere Wortmeldungen?“

Bgm. Giglleitner: „Gut, dann habe ich noch zwei Sachen. Mostlandl-Hausruck. Da soll ich den Gemeinderat informieren. Anbei schicke ich dir die Protokolle der Vollversammlung Regionalverband und des Zukunftsdialoges vom 10. Mai 2014. Deine Gemeinde hat beschlossen, sich aktiv bei der Strategieentwicklung zur Neubewertung, Neubewerbung für das Leaderprogramm 2014-20 zu engagieren. Alle eingebrachten Mängel und Ideen sind bei den Themenabenden und Zukunftsdialogen besprochen worden. In der, in den Unterlagen sind die Themenschwerpunkte ersichtlich, die in den kommenden Wochen weiter weiterentwickelt und ausformuliert werden. Ich ersuche dich in der nächsten Gemeinderatssitzung unter Allfälliges zu informieren. Im September 2014 planen wir noch eine Vollversammlung. Bis dahin werden wir die Bewerbungsunterlagen somit soweit festgestellt haben, dass sie den Gemeinderäten zum Beschluss vorgelegt werden können. Das heißt einfach, das hast du wahrscheinlich mitgekriegt, du bist bei der Bürgermeisterkonferenz bei der Fraktionssitzung gewesen, dass ja das Leader und das Mostlandl soll ja eine Einheit werden. Und da wird auch ein Beschluss des Gemeinderates im Herbst erforderlich sein und der kommt dann auf die Tagesordnung und wird dann abgekartet, ja. Das möchte ich nur einmal so vorweg einmal zur Kenntnis bringen.“

Bgm. Giglleitner: „Ja, das wäre von meiner Warte alles, was unter Punkt Allfälliges zu berichten ist.“

GRM. Mair: „Darf ich noch etwas sagen?“

Bgm. Gigleitner: „Sicher.“

GRM. Mair: „Weil du diese Bürgermeisterkonferenz angesprochen hast. Da ist es auch um den Regionalverkehr Nord da gegangen, um dieses Verkehrskonzept, nicht?“

Bgm. Gigleitner: „Richtig, ja.“

GRM. Mair: „Da gibt's ein paar Dinge. Zum einen hat der Gemeinderat auch nie etwas gewusst, dass da neue Haltestellen, Halteinseln festgesetzt, festgelegt werden. Das Zweite ist, dass fast, ich weiß, dass es schwierig ist mit denen, das hört man auch von anderen Gemeinden, aber das Zweite ist, dass wir da eine Haltestelle mit einem Bushäusl gehabt haben und 50 Meter weiter vorne bleibt dann der Bus stehen. Und auf der anderen Seite ist auch eine Insel gemacht worden. Da bleibt laut Eltern teilweise der Bus auf der Straße stehen. Dann kommen nachfolgende Autos, die flitzen über den Parkplatz, weil sie links nicht vorbei sehen und die Gefahr ist eigentlich viel größer, wie wenn er auf den Parkplatz fährt und da gehörte eigentlich irgendetwas unternommen.“

Bgm. Gigleitner: „Das hast du, glaube ich, in der Fraktionssitzung der Bürgermeisterkonferenz gehört. Da war der Windischbauer da und der hat mir dann, der hat uns dann eine Liste offener Anliegen und Beschwerden mit 7, mit 17 Seiten zugejubelt von ganz Oberösterreich. Ich blättere sie gerade durch, ich weiß nicht wie weit, dass du sie gekriegt hast, sonst kann ich sie dir kopieren. Und aufgrund dessen habe auch ich ein Schreiben an diese OÖVG geschickt, ja, wo es übrigens auf der Bezirkshauptmannschaft noch mit dem zuständigen Landesrat Endholzer ein Gespräch geben wird und habe hinein geschrieben, habe auch Fotos dazu gegeben, ja, dass ich mit dem auch nicht einverstanden bin, dass vorne die Haltestelle ist und das Wartehäusl hinten ist. Ich habe diesen Wunsch genauso deponiert, wie viele andere Gemeinden, wenn ich das so durchblättere. Es wird mit eingeschlossen. Windischbauer hat bei der Bürgermeisterkonferenz gesagt, sein Chef wünscht, dass bis Schulbeginn diese Sachen, die nicht so hingehauen haben, wie sie sich's vielleicht vorgestellt haben, beseitigt werden. Und diese Deponie ist per Mail bereits in Linz bei der zuständigen Stelle eingelangt.“

GRM. Mair: „Sehr gut. Du, haben die die Halteinseln einfach hingebaut, ohne dass sie ein Gespräch mit der Gemeinde geführt haben?“

Bgm. Gigleitner: „Sie haben sehr wohl mit der Gemeinde ein Gespräch geführt, aber sie haben gesagt, sie bestimmen einmal dies, wie dies funktionieren soll. Und dann soll das Land, das ist immer der anschafft, der zahlt. Der zahlt, schafft an. Und die Straßenmeistereien sind dann die ausführenden gewesen, die dies für das Land Oberösterreich gemacht haben und daher hat auch die Gemeinde und sind auch der Gemeinde keine Kosten erwachsen, aber ich bin selber mit derer Idee, mit dem Vorschlag nicht einverstanden, daher dieses Email und Bürgermeistersprecher Oberlehner hat auch gesagt, die Gemeinden, die jetzt noch nichts gemacht haben oder einverstanden sind, sollen dies einmal deponieren. Somit fließt das ein in die Wunschliste und es wird dann bearbeitet werden und wir hoffen mit einer positiven Umsetzung.“

GRM. Mair: „Gut.“

Bgm. Gigleitner: „Ich sehe so in die Runde, dass keine Wortmeldungen mehr sind. Dann sage ich ein herzliches Danke und schließe somit die heutige Sitzung des Gemeinderates.“

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 20. März 2014 wurde von GRM. Mair ein Einwand erhoben.

GRM. Mair teilte mit, dass er das Protokoll nicht unterschreibt, weil er bei der Abstimmung zum Tagesordnungspunkt 21 eine Befangenheit des Bürgermeisters sieht

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20:55 Uhr.

.....
(Vorsitzender)

.....
(Gemeinderat)

.....
(Schriftführer)

.....
(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom keine Einwendungen erhoben wurden*, über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde*.

Pollham, am

Der Vorsitzende

.....